

H X 6
K 6
v. 8, pt. 2

HOOPER LIBRARY

PROPERTY OF BABIR PROJECT

5. Juli 1927

KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

HEFT 27

AN EINEM SCHWIERIGEN WENDEPUNKT

Der Umsturz Tschang Kai-scheks, der den Abmarsch der Bourgeoisie aus dem Lager der Revolution bedeutete, hat noch keine klare Scheidung zwischen dem Lager der demokratischen Revolution und dem Lager der bürgerlichen Konterrevolution geschaffen. Wenn auf dem Territorium der Regierung von Nanking so einflußreiche Vertreter des rechten Flügels der Kuomintang, wie Bai Schin-tschü, Li Ti-tsin und Wu Chan-min vorhanden sind, die noch rechter als Tschang Kai-schek stehen, die bereit sind, sofort vor den halbfeudalen Militaristen des Nordens zu kapitulieren, so haben wir auch auf dem Territorium der Regierung von Wuhan im ZK der Kuomintang und im Generalstab Elemente, die mit Tschang Kai-schek noch nicht endgültig gebrochen haben. Das Maiplenum des EKKI hat in seiner Resolution zur chinesischen Frage vollkommen richtig festgestellt, daß die

„Wuhan-Regierung, als eine Regierung des linken Flügels der Kuomintang, noch keine Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft darstellt, sondern sich auf dem Wege zu einer solchen Diktatur befindet und im Falle eines siegreichen Klassenkampfes des Proletariats, währenddem sie ihre radikalen bürgerlichen Mitläufer abschüttelt, nach Ueberwindung einer ganzen Reihe von Verrätereien unvermeidlich sich in der Richtung zu einer solchen Diktatur entwickeln wird.“

Die Resolution des Plenums des EKKI hat also in ganz bestimmter Weise vorausgesagt, daß je nach der Vertiefung der Revolution neue Verrätereien im Lager der Regierung von Wuhan und neue Abspaltungen der bürgerlichen Mitläufer unvermeidlich sind.

Wenn wir uns klar werden wollen über die Ursachen, die zu dem Umsturz Tschang Kai-scheks führten, und über die Umstände, unter denen dieser Umsturz vor sich ging, so müssen wir verstehen, daß damals noch keine Rede sein konnte von einer endgültigen Umgruppierung der Kräfte auf Grund der Agrarrevolution, die das Maiplenum des EKKI als „sozial-ökonomischen Hauptinhalt der neuen Etappe der chinesischen Revolution“ bezeichnete. Als innerhalb der nationalen Regierung die Beziehungen zwischen dem linken Flügel der Kuomintang und Tschang Kai-schek sich verschärften, stellten sich auf dem Territorium der nationalen Regierung bereits zum erstenmal die Sturmboten der Agrarrevolution ein. Im großen und ganzen aber waren die Forderungen der Bauernbünde damals noch ziemlich gemäßigt. Die Forderungen liefen hinaus auf: 1. Herabsetzung des Pachtzinses, 2. Herabsetzung der Leihzinsen, 3. Auswechslung des Bodens, 4. Aenderung der Pachtverträge, 5. Aufhebung der Abgaben an die Gutsbesitzer und Aufhebung der Fronarbeit, 6. Kampf gegen die übermäßigen Steuern, 7. Vertreibung der Gentry, Entwaffnung der Min-Tuan und Bewaffnung der Bauern. Die Losungen der Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer und der Verteilung des Landes dagegen waren damals noch sehr selten. Die hier angeführten gemäßigten Forderungen wurden, wenn auch nicht in der Tat, so doch in Worten vom Zentralkomitee der Kuomintang und von der Nationalregierung unterstützt. Die Agrarkommission des ZK der Kuomintang, die nach dem 3. Plenum während des Umsturzes Tschang

Kai-scheks ernannt wurde, begründete in folgender Weise die Notwendigkeit der Durchführung der Agrarreform: 1. Dadurch wird der Sieg der nationalen Revolution gesichert, denn die Reform wird die Bauern von dem Joch der Gutsbesitzer und der Gentry befreien, die Finanzen der nationalen Regierung stärken, die Grundlagen des feudalen Regimes erschüttern und die Teilnahme der Bauernschaft am Kampf gegen den Kapitalismus garantieren. 2. die Agrarreform wird die Kampfkraft der nationalen Armee steigern, weil die Soldaten an der Lösung der Agrarfrage interessiert sind. 3. Die Agrarreform wird die Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie fördern, und schließlich, 4. die Agrarreform wird die kulturelle Entwicklung Chinas begünstigen.

Entsprechend dieser Einschätzung der Agrarreform wurde auf dem 3. Plenum der Kuomintang eine Resolution zur Agrarfrage eingebracht, in der der Regierung empfohlen wird, Maßnahmen zu ergreifen zur Organisation der bäuerlichen Selbstverwaltung unter Führung der Bauernbünde, zur Schaffung von Bodenkomitees, zur Durchführung der Bodenreform und zur Unterordnung aller bewaffneten Kräfte auf dem Lande, die nicht Teile der regulären Armee bilden, unter die bäuerliche Selbstverwaltung. In Wirklichkeit hat die Regierung von Wuhan die Bewaffnung der Bauern gegen die Gutsbesitzer und Gentry nicht begünstigt, aber die Tatsache, daß eine solche Deklaration abgefaßt wurde, zeigt, daß die Regierung von Wuhan sich mit solchen Forderungen aussöhnen kann. Die Kommunistische Partei Chinas hat diese Forderungen energischer verteidigt als die Kuomintang. Sie überschritt jedoch diese Forderungen nicht, doch muß gesagt werden, daß einige führende Parteigenossen immer noch die Furcht vor der Entwicklung der Agrarrevolution, vor der Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Kuomintang nicht überwunden haben und die klaren und präzisen Direktiven, die das 7. Erweiterte Plenum des EKKI im Dezember des vorigen Jahres über diesen Punkt gegeben hat, noch nicht begriffen haben. Die Bezirksleitung der chinesischen Kommunistischen Partei in Wuhan sprach in ihrem Bericht Anfang April 1927 von der Notwendigkeit der Bewaffnung Zehntausender Bauern durch Entwaffnung der Min-Tuan oder durch Verteilung von Waffen durch die Regierung, sprach von der Notwendigkeit, eine Kampagne durchzuführen für den Eintritt der Bauern und Arbeiter in die nationalrevolutionäre Armee, für die Steigerung der politischen Arbeit unter den Soldaten usw. Insofern man konkret vom Agrarprogramm sprach, konnte sich die Bezirksleitung von Wuhan damals noch nicht dazu entschließen, über die offizielle Deklaration des Zentralkomitees der Kuomintang hinauszugehen. In ihrem Bericht erklärte die Bezirksleitung von Wuhan:

„Gegenwärtig muß die Partei ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Unterstützung des linken Flügels der Kuomintang konzentrieren, um eine Lösung der Agrarprobleme herbeizuführen. Alle Kräfte der Partei müssen für dieses Ziel mobilisiert werden... Die Massen in den verschiedenen Bezirken müssen die Kuomintang und die Regierung dazu drängen, den Beschluß des Märzplenums des ZK der Kuomintang zu verwirklichen.“

Somit war nicht die Rede von einer Radikalisierung der Forderung entsprechend der bereits hie und da einsetzenden Agrarrevolution, sondern nur vom Kampf um die Verwirklichung der Versprechungen der Regierung.

Das schon damals erreichte Niveau der Bauern- und Arbeiterbewegung,

die Stellung der linken Mehrheit der Kuomintang zu dieser Bewegung und der Kampf der Kommunistischen Partei Chinas für eine entschiedene Verwirklichung der Regierungsversprechungen, — all das genügte, um einen bedeutenden Teil der industriellen Bourgeoisie einzuschüchtern und Tschang Kai-schek zum konterrevolutionären Umsturz zu treiben. Das genügte aber noch nicht, um innerhalb der Kuomintang die Anhänger der Agrarrevolution und ihre Gegner voneinander zu scheiden, da im Zentrum der Kuomintang die Frage der Agrarrevolution noch nicht gestellt war und unter den Bauernmassen kaum die ersten Symptome des revolutionären Kampfes um den Boden zu bemerken waren. Deshalb rief der Umsturz Tschang Kai-scheks eine ziemlich einmütige Entrüstung in Wuhan hervor. Die Regierung von Wuhan erklärte einmütig Tschang Kai-schek als Verräter und Feind der Revolution, und die bei der Wuhaner Regierung verbliebenen Generale verurteilten ihn ebenfalls aufs schärfste. In der Wochenzeitung der Volksarmee, die in Tsi-Nan-Fu erscheint, wurde eine Erklärung Feng Yu-hsiangs gebracht:

„Nur im Prozeß des Kampfes zwischen den Rechten und Linken können sich allmählich die revolutionären Kräfte konzentrieren. Wir erkennen die Beschlüsse des ZK für richtig an. Wir hegen keinen Zweifel darüber. Wenn nur ein oder zwei militärische Führer den Sieg der Revolution herbeiführen werden, und nicht das Volk, so wird dieser Sieg keine Bedeutung haben. Einen solchen Sieg brauchen wir nicht.“

In derselben Zeitung finden wir folgende Losungen:

„1. Stärkung der Linken, 2. Energische Arbeit zur Hebung der Autorität der Partei, 3. Der ganze Sieg — dem Volke!, 4. Unterstützung nur derjenigen militärischen Führer, die sich der Partei unterordnen, 5. Völlige Vernichtung des konterrevolutionären Verräters.“

In dem Arbeitsplan für die politische Aufklärung in der Volksarmee sind folgende Punkte enthalten:

„ 10. Die Agitation der Partei muß derart organisiert werden, daß die Parteigenossen ganz klar verstehen, daß die Hauptsache nicht einzelne Persönlichkeiten, nicht die militärischen Kräfte sind, sondern die Partei. . . . 12. Die positiven Seiten der Kommunisten bestehen in ihrer eisernen Disziplin, bestehen darin, daß sie den Tod nicht fürchten, daß sie keinen Karrierismus kennen, daß sie nicht an hohen Gehältern interessiert sind. Sie können gründliche Parteiarbeit leisten (Mairbewegung). . . . 14. Treten irgendwelche konterrevolutionären Ereignisse ein, so muß jedes Parteimitglied die Parteiprinzipien für das wichtigste Gebot halten und den Kampf gegen die Konterrevolution führen. 15. Für den Sieg der Revolution ist die Einheitsfront notwendig, deshalb muß die chinesische nationale Revolution und das Proletariat ein Bündnis eingehen. Einzelaktionen können nicht zum Siege führen 16. Die Bourgeoisie ist in Worten gegen die Imperialisten, in der Tat aber gegen die Einheitsfront mit den Kommunisten. Faktisch begünstigt sie die Imperialisten und ist konterrevolutionär.“

Das war die Lage auf dem Territorium der Regierung von Wuhan im Augenblick des Umsturzes Tschang Kai-scheks. Seitdem ist einige Zeit verflossen. Aber in dieser kurzen Zeit hat sich infolge der günstigen politischen Situation die Agrarrevolution schnell über das Territorium der Regierung von Wuhan zu verbreiten angefangen. In der letzten Zeit sind die populärsten Losungen der Bauernbewegung: 1. Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer, 2. Uebergabe der Macht an die Bauern auf dem Lande, 3. Entwaffnung der Gentry und der Gutsbesitzer und Uebergabe der Waffen an die Bauernbünde, 4. Teilnahme der Bauern an den Verwaltungsapparaten

der Landkreise. In einigen Bezirken der Provinzen Hunan und Hupe gehen die Bauernbünde weiter und haben bereits angefangen, den gesamten Boden neu aufzuteilen. Einer der Führer des Bauernbundes in der Provinz Hupe sagt darüber folgendes:

„Der Kampf gegen Gentry und Tuchao auf dem Lande bekommt einen immer schärferen politischen Charakter. Lynchgerichte und Hinrichtungen der Gentry nehmen immer mehr zu. In dem Kreis Jantschuen wurden 45 Gentry hingerichtet; ein Teil von den Bauern selbst, ein anderer Teil wurde den Behörden übergeben und unter dem Druck der Bauern von den Behörden hingerichtet. In der letzten Zeit beschäftigte sich der Bauernbund mit 2165 Gentry, die wegen verschiedener bauernfeindlichen Handlungen von den Bauern selber verhaftet worden waren. In den zentralen und östlichen Kreisen der Provinz haben faktisch die Bauernbünde die Macht. Außerdem stehen in vielen Kreisen (Jan-Hsien, Chuan-Han, Chuan-Mei und anderen) die Kreisbehörden unter der faktischen Kontrolle der Kreisorganisationen der Bauern, die formal diese Kontrolle durch die vereinigten Kreiskomitees der gesellschaftlichen Organisationen ausüben. Fast alle Prozesse, die früher den Kreisbehörden übergeben wurden, werden jetzt in den Dörfern entschieden, und die Kreisjustizbehörden beschwerten sich darüber, daß sie nichts zu tun haben. Die ausbeuterischen Schichten des Dorfes: die kleinen Gentry, die Gutsbesitzer und Tuchao wandern in Massen nach der Stadt aus. Der Besitz (auch der Boden) der reaktionärsten von ihnen wird durch die Bauern konfisziert. Im Kreise Jan-Hsien wurde für eine Million Dollar Eigentum dieser Schichten konfisziert. Der Wert dieses konfiszierten Besitzes in der gesamten Provinz Hupe (einschließlich des Bodenbesitzes) beträgt nach Schätzungen der dortigen Organisation des Bauernbundes 20 000 000 chinesische Dollar.“

Die Bauernkonferenzen stellen in der letzten Zeit immer häufiger die Lösung der Konfiskation des Bodens der Großgrundbesitzer auf (z. B. im Kreise Lo-Tjen und Chuan-Han). Es sind Tatsachen festgestellt worden, wo Gutsbesitzer freiwillig zum Bauernbund gingen und vorschlugen, ihr Land zu verteilen. Das wird einerseits erklärt aus der Furcht der Gutsbesitzer vor Angriffen der Bauern, die bei einer gewaltsamen Konfiskation nicht nur ihren Boden beschlagnahmen könnten, sondern ihren gesamten Besitz, andererseits durch die Hoffnung der Gutsbesitzer, daß bei späterer Aufteilung des konfiszierten Bodens ein bestimmter Anteil auch auf sie entfallen werde.“

Diese Vertiefung der Agrarrevolution und die „plebejische“ Methode der Lösung der Landfrage hat starke Schwankungen im Zentralkomitee der Kuomintang, in der Regierung von Wuhan und im Kommandobestand der nationalen Armee hervorgerufen. Die Schwankungen der zu Konzessionen neigenden Spitzen der Kuomintang und des Kommandobestandes der Volksarmee werden auch durch den Umstand hervorgerufen, daß Tschang Kaischek den Feldzug gegen die Feudalen in Nordchina fortsetzt, ferner dadurch, daß die Armee von Wuhan gleichzeitig mit der Armee Tschang Kaischeks auf Peking marschiert. Diese Schwankungen traten besonders kraß zutage bei dem Offiziersumsturz, den Sjao Du-jin in der Gegend zwischen Tschangscha und Hankau durchführte, dann bei dem Offiziersumsturz, den Sju Kai-hsien in Tschangscha selbst durchführte. Als Jang-tsen, der Tutschun von Szetschwan, gegen die Regierung von Wuhan einen Aufstand organisierte, liquidierte die Regierung von Wuhan diesen Aufstand schnell und gründlich. Aber einen außerordentlichen Mangel an Entschlossenheit zeigte die Regierung von Wuhan gegenüber Sjao Du-jin und gegenüber dem Umsturz in Tschangscha, insofern diese Offiziersumwälzungen nicht direkt gegen die Regierung von Wuhan gerichtet waren, sondern gegen die Arbeiter und Bauern und insbesondere gegen die Agrarrevolution. In Tschangscha umzingelte ein Teil der Division des 35. Armeekorps das Gebäude der Bauernorganisationen und der Arbeiterverbände und jagte diese ausein-

ander, wobei ungefähr 500 Mann der Wache entwaffnet wurden. Bei dieser Entwaffnung wurden zwölf Menschen getötet.

Gegen diese Verrätereien innerhalb des Lagers von Wuhan trat die chinesische Kommunistische Partei energisch auf. Bereits auf dem 5. Parteitag der KP Chinas, der in den ersten Tagen des Maimonats stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in der man folgende Forderungen aufstellte:

„a) Konfiskation des gesamten Bodens, der der Kirche, der Gemeinde usw. gehört, ebenso des Bodenbesitzes der Handelsgesellschaften. Uebergabe dieses Bodens an die Bauern, die ihn bearbeiten; die Verwaltung dieses gesamten konfiszierten Bodens muß in den Händen der Bodenkomitees liegen, die entscheiden, ob der Boden nach kommunalen Prinzipien bearbeitet werden oder unter die Bauern verteilt werden soll. b) Entschädigungslose Konfiskation des Bodens der Gutsbesitzer und Uebergabe des Bodens an die Pächter durch die Bodenkomitees. Der Boden der Großbauern unterliegt nicht der Konfiskation. Boden der Offiziere der revolutionären Armee unterliegt gleichfalls nicht der Konfiskation. Soldaten der revolutionären Armee, die kein Land haben, werden nach Beendigung des revolutionären Krieges Land zugeteilt erhalten. Der konfiszierte Boden wird von jeglichen Abgaben befreit, mit Ausnahme der progressiven Bodensteuer, die an den Staat zu entrichten ist. Die Pacht für den konfiszierten Boden entspricht der Höhe der Steuern, die früher für den betreffenden Boden entrichtet wurden. Bauern, die Pächter des konfiszierten Bodens bleiben, müssen eine festgesetzte Pacht zahlen; die Pacht wird auf unbestimmte Zeit festgesetzt und der Boden wird von jeglichen anderen Steuern befreit. d) Die Gutsbesitzer und Gentry verlieren alle politischen Rechte. In den Dörfern wird die Selbstverwaltung durchgeführt auf der Grundlage der Bauernversammlung, die die unterdrückten Klassen des Dorfes repräsentiert. e) Entwaffnung der Streitkräfte der bäuerlichen Reaktion (Tuchao, Min-Tuan, bewaffnete Trupps der Gutsbesitzer usw.) und Organisation einer Bauernmiliz zum Schutze der bäuerlichen Selbstverwaltung und zum Siege der Revolution.“

Die Kommunistische Partei Chinas, die endlich einen klaren Standpunkt in der Landfrage einnahm, trat energisch gegen die konterrevolutionären Handlungen der Offiziere auf, die gegen die Agrarrevolution gerichtet waren. Unter dem Druck der Kommunistischen Partei Chinas wurden aus Hankau zuverlässige Truppen zur Liquidierung des Aufstandes Sjao Du-jins entsandt. Sjao Du-jin wurde geschlagen, und man nahm ihm 900 Gewehre ab. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas wandte sich aus Anlaß des Umsturzes in Tschangscha auch an das ZK der Kuomintang mit einem Offenen Brief. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

„Die Zukunft der Revolution hängt von der Entschiedenheit der Aktionen der Kuomintang ab. Der Beginn der Agrarrevolution trieb die reaktionären Elemente zu konterrevolutionären Aktionen Der aggressive Standpunkt der Reaktionäre rief in den leitenden revolutionären Kreisen Schwankungen hervor. In diesen Kreisen befürchtet man, daß die gesamte nationale Armee einen feindlichen Standpunkt einnehmen wird, wenn die Agrarreform durchgeführt werden sollte. Das ist nicht wahr. Die Soldaten sind landlose Bauern und können keine Gegner der Bauernbewegung sein. Die Mehrzahl der unteren Offiziere gehört zur Mittelklasse, der die Agrarreform große Vorteile bringen wird. Nur die reaktionäre Minderheit ist ein Feind der Agrarreform Die Kuomintang steht jetzt am Scheidewege: Der Weg der Agrarreform ist der Weg der Revolution; der Weg der reaktionären Militärs ist der Weg der Konterrevolution Die nationale Regierung muß ein Dekret erlassen, daß das aufständische Komitee in Tschangscha als konterrevolutionär erklärt und die Soldaten auffordert, dieses Komitee zu stürzen; sie muß die Komitees auflösen und gesetzliche provinzielle Regierungen schaffen, sofort eine Strafexpedition zur Unterdrückung des Aufstandes organisieren und Tang Schen-tschü bevollmächtigen, Truppen zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre zu entsenden, das usurpatorische lokale Komitee der Kuomintang auflösen und ein neues ernennen, ein Dekret erlassen, daß die Arbeiter- und Bauernorganisationen und die Kommunistische Partei in der Provinz Hunan frei existieren können, die nationale Regie-

zung muß einen Befehl erlassen über die Rückgabe der Waffen an die Arbeiter- und Bauerngarde, die Bauernschaft muß bewaffnet werden, damit in Zukunft eine Garantie gegen reaktionäre Putsche vorhanden sei.“

Der Offene Brief des ZK der Kommunistischen Partei Chinas wurde durch die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften von Wuhan unterstützt, die an die Wuhaner Regierung die Forderung richtete, Sju Kai-hsien hinzurichten und alle Schuldigen am Aufstand in Tschangscha zu bestrafen. Ferner forderte die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften die Wiederherstellung der Arbeiter- und Bauernorganisationen, die Rückgabe der beschlagnahmten Waffen und die Herausgabe eines Dekrets, das den Arbeiterorganisationen und Bauernbünden das freie Existenzrecht sichert. Gleichzeitig wurde ein Generalstreik organisiert unter der Losung der Begrüßung der Truppen, die von der Front in Honan zurückkehrten, und es wurde gefordert, eine militärische Expedition nach Honan zur Wiederherstellung der revolutionären Ordnung zu entsenden.

Dieses Mal aber fand die Forderung der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften keinen Widerhall im Zentralkomitee der Kuomintang. Die Regierung von Wuhan nahm gegenüber den Offizieren, die den Aufstand in Tschangscha organisiert hatten, eine schwankende, unschlüssige Haltung ein, und dieser Aufstand ist bis auf den heutigen Tag noch nicht niedergeschlagen worden. Auf diese Weise kam man in eine Sackgasse. Welchen Ausweg gibt es aus dieser Sackgasse? Es ist selbstverständlich, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas nicht auf seine Forderungen verzichten kann, nicht darauf verzichten kann, die Bauernrevolution zu verteidigen, ihre Weiterentwicklung zu fördern und an ihrer Spitze zu marschieren. Das hat bereits zu Konflikten mit dem ZK der Kuomintang und der Wuhaner Regierung geführt und wird auch in Zukunft zu solchen Konflikten führen. Folgt daraus, daß die Kommunistische Partei Chinas ihre Vertreter aus der Regierung von Wuhan abberufen und mit der Kuomintang brechen muß? Das würde bedeuten, daß man den Weg beschreitet, auf den die ultralinken Oppositionellen die Kommunistische Partei Chinas drängen. Dieser Weg aber würde faktisch ein Verzicht auf den Kampf um die Hegemonie bedeuten, dieser Weg wäre ein Weg des Liquidatorentums, der mit linken Phrasen verhüllt wird.

Vor allen Dingen ist es ganz falsch, die Stimmung der Kuomintang-Massen mit der Stimmung der Spitzen der Kuomintang zu verwechseln. Die Spitze der Kuomintang hängt noch zusammen mit der nationalen Regierung der früheren Phase der Revolution, in der die führende Rolle die Bourgeoisie spielte. In den lokalen Organisationen der Kuomintang dagegen überwiegen die kleinbürgerlichen Elemente, und man darf nicht vergessen, daß die gewaltige Masse der chinesischen Handwerker keineswegs interessiert ist an der Unterdrückung oder auch nur Zügelung der Agrarbewegung, und daß diese Masse außerordentlich unzufrieden ist mit der dominierenden Rolle, die das Militär spielt, sogar das Militär auf dem Territorium der nationalen Regierung. Außerordentlich charakteristisch ist, daß nicht nur die Kommunistische Partei und die Gewerkschaftskonferenz gegen den Aufstand in Tschangscha aufgetreten sind, sondern auch Vertreter der Kuomintangorganisation der Gesamtprovinz. Eine Delegation aus 80 Mitgliedern der Organisation der Kuomintang in der Provinz Honan wandte

sich an das ZK der Kuomintang mit der Forderung: Sofortige Entsendung einer Strafexpedition nach der Provinz Honan, Bestrafung Sju Kai-hsiens, Wiederherstellung aller Arbeiter- und Bauernorganisationen in Honan, Auflösung des „Komitees der Rettung“ und des Kriegsrates, Unterstützung der Familien usw., die durch den Aufstand gelitten haben. Aus der Tatsache, daß das jetzige Zentralkomitee der Kuomintang eine schwankende Haltung einnimmt, die Agrarrevolution fürchtet, folgt keineswegs, daß die Kommunistische Partei Chinas mit der Kuomintang brechen und ihre Vertreter aus der Wuhaner Regierung abberufen muß. Daraus folgt im Gegenteil: die Notwendigkeit einer mit aller Energie betriebenen Arbeit, Hand in Hand mit dem erbarmungslosen Kampf gegen die schwankenden Elemente, um die Kuomintang zu einer Massenorganisation zu machen und das ZK der Kuomintang entsprechend zu einem Wahlorgan der Bauern- und Arbeitermassen, so wie es in der Resolution des Maipenums des EKKI gefordert wird.

Das gleiche gilt auch für die Armee. Die Unzuverlässigkeit dieser oder jener Vertreter des Kommandobestandes der Armee ist ein Beweis dafür, daß die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, daß die Ergänzung der Armee durch Arbeiter und Bauern, die an der revolutionären Bewegung teilnehmen, daß die Reorganisation der Armee mit der größten Energie in Angriff genommen werden muß, so wie dies schon in den Direktiven des 7. Plenums des EKKI festgestellt worden ist. Gewiß, dieser Umbau wird nicht glatt, wird nicht ohne innere Konflikte, ohne teilweisen Verrat, ohne teilweise Niederlagen vor sich gehen, aber letzten Endes werden diese Umstellungen in der sich entwickelnden Agrarrevolution und der die Arbeiterklasse zusammenschweißenden Bewegung Erfolg haben, und zwar um so mehr, weil das Zusammenballen der Reaktion am anderen Ende Chinas, die Ausrufung Tschang Tso-lins zum Diktator Nordchinas und die Unterstützung dieses Diktators durch die Imperialisten die Verschärfung des revolutionären Krieges unvermeidlich machen, der nicht ohne die aktivste Teilnahme der Arbeiter und Bauern und ohne Verwirklichung ihrer Forderungen zum Siege führen kann.

P. S. Nachdem dieser Aufsatz bereits gesetzt war, lief die Nachricht über ein Abkommen zwischen Feng Yu-hsiang und Tschang Kai-schek ein. Auf dieses Ereignis werden wir noch zurückkommen. Die Redaktion.

A. TALHEIMER :

DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE IN DER BÜRGERLICHEN REPUBLIK

1.

Der Kieler Parteitag bezeichnet eine wichtige Etappe in dem Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie. Es ist für die Arbeit unserer Kommunistischen Partei in Deutschland und in einigen anderen Ländern von großer Bedeutung, den wahren Sinn und Inhalt dieser Etappe richtig zu verstehen, und entsprechende Lehren daraus zu ziehen. Dabei scheint es mir, daß man nur die Oberfläche erfaßt, wenn man ihn unter dem

Gesichtspunkt der zahlenmäßigen Stärke und des Auftretens des „rechten“ oder des „linken“ Flügels betrachtet. Es springt da in die Augen, daß der rechte Flügel einen ausgesprochenen klaren Sieg errungen hat, daß er so selbstbewußt, ja beinahe übermütig aufgetreten ist, wie kaum zuvor, daß er eine weitere bedeutende Strecke im Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat bezeichnet und auf der anderen Seite der linke Flügel jammervoll schwächlich auftrat, daß er in der entscheidenden prinzipiellen Frage dem Standpunkte der Mehrheit nichts entgegenzusetzen hatte, und daß er entsprechend hohnvoll-mitleidig von ihr abgefertigt wurde.

Das äußerliche Bild des Kieler Parteitag steht in so offensichtlichem Widerspruch zu dem, wenn auch langsamen Prozeß der Radikalisierung, der in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft unter dem Druck der Rationalisierung, der verstärkten Trustherrschaft, der Lebensmittelteuerung, der reaktionären Vorstöße des Bürgerblocks auf allen Gebieten vor sich geht, daß hier scheinbar ein unerklärliches Rätsel vorliegt. Man könnte vielleicht sagen, daß der Parteitag der Sozialdemokratie heute eben das, was unten in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sich abspielt, in noch geringerem Maße abspiegelt als früher, daß der Funktionärkörper der Partei, der die Parteitage beherrscht, sich gegenüber der proletarischen Mitgliedschaft noch mehr verselbständigt hat und daß das kleinbürgerliche Element in der Mitgliedschaft sich im Verhältnis zum Arbeiterelement verstärkt habe. Was den letzteren Punkt anlangt, so fehlen uns zahlenmäßige Angaben, die uns erlaubten, die relative Stärke des proletarischen und des kleinbürgerlichen Elements in der Sozialdemokratischen Partei genau festzustellen, aber die allgemeine Linie der politischen Entwicklung in Deutschland seit 1923/24 spricht entschieden dagegen. Große Teile der Intelligenz und des Kleinbürgertums, die sich in den ersten Revolutionsjahren und in den Inflationsjahren der Sozialdemokratie angeschlossen hatten, sind im Verlauf der Deflation und der sogenannten Stabilisierung wieder abgesprungen, haben sich entweder überhaupt aus der Politik zurückgezogen oder sind nach rechts abgewandert. Der alte Arbeiterstamm in der Sozialdemokratie hat sich daher eher im Verhältnis zu dem kleinbürgerlichen und intellektuellen Zuwachs der ersten Revolutionsjahre verstärkt (natürlich nicht absolut). Die Angaben über die Gliederung der Mitgliedschaft nach der Dauer der Parteizugehörigkeit bestätigen dieses Bild.

Dagegen ist der Funktionärkörper der Partei zweifellos tiefer und tiefer in den bürgerlichen Staat hineingewachsen und hat sich gegenüber der Mitgliedschaft mehr und mehr verselbständigt. In dem Maße wie das deutsche Bürgertum sich republikanisiert hat, hat die sozialdemokratische Bürokratie sich verbürgerlicht. Noch mehr. Mit der gewachsenen Macht der kapitalistischen Trusts ist ebenso die Unterwerfung unter sie und der Glaube an ihre fortschrittliche Wirkung bei der sozialdemokratischen Bürokratie gewachsen. Gleichzeitig wächst aber in der Arbeiterschaft der Widerstand, der Kampf gegen die Trustherrschaft und das Bedürfnis nach einem umfassenden Gedanken, der diesen Kampf zusammenfaßt und leitet.

Dieser Widerspruch zwischen dem bürokratischen Element oben und dem proletarischen Element unten in der Partei spiegelt sich in v i e l k e n n z e i c h n e n d e r Weise wider in der Haltung der Mehr-

heit oder des rechten Flügels als in der des linken Flügels, und zwar darin, daß dieser rechte Flügel in raffinierter Weise diesem Widerspruch Rechnung trägt: daß er in seinen Formulierungen und Losungen gleichzeitig die wachsende Verschmelzung der Bürokratie mit der Trustrepublik und den wachsenden Gegensatz der Arbeiterschaft gegen sie vereinigt, wobei das erstere die wirkliche Politik bestimmt, das letztere den demagogischen Schein dieser Politik abgibt. Die Radikalisierung der Arbeitermasse spiegelt sich also ab in dem radikalen Schein, mit dem die Politik der Mehrheit sich zu umgeben gezwungen ist. Dies erklärt, warum die „Linke“ auf dem Parteitag so jämmerlich abschnitt. Ihr waren die Waffen aus der Hand geschlagen. Eine konkrete Einschätzung der Lage und eine konkrete Politik vom revolutionären Standpunkt aus hatte sie dem rechten Flügel nicht entgegenzustellen. Sie hatte nur die alten, abgestandenen allgemeinen Redensarten der Vorkriegszeit zu wiederholen, während der rechte Flügel von seinem Standpunkt aus wohl eine konkrete Politik vorzuführen hatte. Der linke Flügel hatte also im Grunde zu den Fragen der Zeit nichts zu sagen. Daher seine Wirkungslosigkeit, das Gefühl der eigenen Ohnmacht, der inneren Leere, das sich im Auftreten seiner Sprecher ausdrückte. Es kam darin zum Ausdruck, wie inhaltslos und nichtssagend die „alte“, „bewährte“ sozialdemokratische Politik der Vorkriegszeit, für die die Zeit 1890 bis 1914 klassisch ist, heute geworden ist. Sie lockt keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Sie ist nur noch leblose Tradition, ein alter Schlauch für den neuen Wein, der in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gärt.

Der Schlüssel zum Rätsel des Kieler Parteitages liegt in der Haltung der Mehrheit, in ihr drückt sich zugleich die fortschreitende Verbürgerlichung der Bürokratie und ihre demagogische Reaktion auf die Radikalisierung der proletarischen Massen aus. Wir müssen daher, um diese Sachlage zu verstehen, von der Betrachtung der äußeren Daten der Abstimmungen und des Auftretens der beiden Flügel zu der des inneren Gehalts ihrer Reden und Resolutionen übergehen.

2.

Im Mittelpunkt des Kieler Parteitages stand das Referat Rudolf Hilferdings „Ueber die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“, Das Referat versuchte, eine tiefgehende und breite theoretische Begründung der jetzigen grundsätzlichen und taktischen Haltung der Sozialdemokratie zu geben. Prüft man den theoretischen Gehalt, so erweist er sich als äußerst platt, schwach und wenig originell. Es ist im wesentlichen eine Zusammenfassung bereits bekannter Gedanken aus der theoretischen Werkstatt des Sozialpazifismus und Sozialimperialismus während des Krieges und der Nachkriegszeit, mit einigen dürftigen und unwesentlichen Zutaten. Um so wichtiger ist aber das Referat als politische Kundgebung, als Formulierung der Politik der Sozialdemokratie. In dieser Beziehung ist das Hilferdingsche Referat eine raffinierte Leistung, woraus die Wirkung sich erklärt.

Verfolgt man die Tätigkeit Hilferdings bei seinem Auftreten in Deutschland, so hat sie von Anfang an darin bestanden, für die offizielle Politik die allgemeinen theoretischen Formeln zu liefern. Und zwar schmiegt sich

diese Formeln immer aufs engste dem jeweiligen Tagesbedürfnis an. Hilferdings Rolle bei den Unabhängigen widerspricht dem nicht. Man erinnere sich z. B. an seine Formel von der „Verankerung der Räte in der Verfassung“ vom Herbst 1918: sie ist in ihrer Art klassisch für die Rolle des Theoretikers Hilferding. Das Charakteristische an diesen Formeln ist immer wieder, daß sie eine rein opportunistische, oft nur für den Tag bestimmte Politik „marxistisch“ einkleiden, „vertiefen“ und daß der scheinbar dauerhafte und tiefere Gehalt der theoretischen Formel grell kontrastiert mit dem rein opportunistischen, kurzlebigen und kurzsichtigen Charakter der Politik, die sie begründet. Kurz, die Theorie Hilferdings war nie auch nur die Pfadfinderin einer opportunistischen Politik, sie war immer nur ihre Advokatin, und die schwere theoretische Artillerie wechselte ihre Stellung jeweils mit derselben Behendigkeit, mit der der zu deckende Klient sie wechselte: wobei der unerschütterliche theoretische Ernst und Zuversichtlichkeit den politischen Unernst und Kurzsichtigkeit glücklich maskierten. Eine Durchmusterung der Hilferdingschen Arbeiten seit seinem Auftreten in Deutschland gäbe ein ebenso lehrreiches, wie amüsantes Bild. Beispielsweise führe ich den Artikel Hilferdings in der „Neuen Zeit“ (unter dem Namen Emil) nach dem Magdeburger Parteitag (1910) an, wo er mit der größten Zuversicht die endgültige Niederlage des Revisionismus in der Sozialdemokratie theoretisch feststellte.

Sieht man näher zu, so findet man die *A n f ä n g e* der theoretischen Korruption schon in der sonst besten Arbeit Hilferdings, in seinem „Finanzkapital“: in dem leichtfertigen Fortwerfen der marxistischen Geldtheorie, was damals noch Kautsky auf den Kampfplatz rief, sowie in der Auslegung der Marxschen Krisentheorie. Was damals erst Keime waren, hat sich inzwischen so üppig entfaltet, daß Hilferding heute eine ganz besondere Eignetheit besitzt, um die faulste kleinbürgerliche Politik „marxistisch“, „radikal“ einzukleiden. In dieser Hinsicht ist Hilferdings Referat auf dem Kieler Parteitag eine Musterleistung, so kläglich sie als theoretische Analyse ist. Der Scheinmarxismus (dessen Kennzeichen der bürgerliche Gedanke in marxistischer Sprache) ist hier zum virtuos gespielten Instrument der kleinbürgerlichen Massendemagogie entwickelt.

3.

Zunächst die ökonomische Analyse Hilferdings. Hier war zunächst Rechenschaft zu geben von der ökonomischen und weiterhin sozialen Rolle der Kapitalmonopole in Deutschland und auf internationalem Gebiet. Weiter war zu untersuchen die in Deutschland eingetretene Besserung der Konjunktur, ihr Umfang und Wesen und — was die wirkliche marxistische Analyse von dem vulgärökonomischen und interessierten Gerede der kapitalistischen Interessenten unterscheidet: ihre *G r e n z e n*.

Beginnen wir, wie Hilferding selber, mit dem zweiten Punkt. Wir finden da bei Hilferding nichts als ein jauchzendes Echo der kapitalistischen Stimmung und Stimmungsmacherei: „Wir haben eine außerordentliche Besserung der Konjunktur auch in Deutschland, die verspricht, eine wirkliche Besserung der Gesamtwirtschaft zu werden“. Kein Wort aber finden wir über die Eigenart einer Konjunktur, die von rund einer Million Arbeitsloser belastet ist und über die Gründe, die eine „wirkliche Besserung der Gesamt-

wirtschaft“, d. h. eine wirkliche Erweiterung der Produktion und des Marktes erwarten lassen, so daß die Arbeitslosigkeit aufgesaugt wird. Sein Verkehr mit Geschäftsleuten, von dem Hilferding an anderer Stelle spricht, hat seinen Horizont so eingengt, daß er nicht einmal mehr das Bedürfnis fühlt, über die ökonomische Oberfläche hinabzudringen und sich die Frage zu stellen, ob nicht die mit der Millionenarbeitslosigkeit verbundene Konjunktur bereits auf allgemeine innere Schranken für sie hindeutet.

Es ist eine alte Geschichte, die sich da abspielt. 1898 trat in einer wirklichen Hochkonjunktur Eduard Bernstein auf und verkündete die Ueberwindung der Krisen durch Kartelle und Syndikate und die Erledigung der ökonomischen „Zusammenbruchstheorie“. Drei Jahre später (1901) trat prompt die Krise ein. Das war in der kapitalistischen Sturm- und Drangperiode von 1890 bis 1914.

Heute wiederholt das Hilferding fast wörtlich. Nur jetzt mit dem Anspruch orthodox-marxistische Weisheit zu spenden:

„Ich habe immer (!) — erklärt er — jede ökonomische Zusammenbruchstheorie abgelehnt. Auch Marx hat sie meiner Meinung nach als falsch erwiesen Ein solcher Zusammenbruch ist nicht erfolgt. Wir haben keinen Grund, das zu bedauern.“

Es ist richtig, daß Hilferding die Marxsche Krisentheorie bereits in seinem „Finanzkapital“ in der Richtung von Tugan-Baranowski verballhornt hat, wonach Krisen nur entstehen können aus Disproportion zwischen der Abtheilung von Industrien, die Lebensmittel erzeugen und der Industrien, die Produktionsmittel erzeugen. Ueber die wirkliche Ansicht von Marx über diesen Punkt kann der deutsche Leser in Kautskys Aufsätzen über die Marxsche Krisentheorie in der „Neuen Zeit“ die wichtigsten Aeußerungen zusammengestellt finden. Weder Hilferding, noch irgendein anderer Marxist hat damals der Kautskyschen Darstellung widersprochen. Fraglich, strittig war unter Marxisten nur die korrekte und ausreichende theoretische Begründung von Marxens „Oekonomischer Zusammenbruchstheorie“, aber nie diese selbst. Hilferding flunkert also seinen Lesern nicht nur über Marx etwas vor, sondern auch über seine eigene Vergangenheit. Und hier sehen wir auch gleich die erste Probe jener Demagogie, von der wir oben gesprochen haben. Der Sturz des kapitalistischen Systems, erklärt Hilferding, ist nicht fatalistisch zu erwarten, wird auch nicht aus inneren Gesetzen des Systems eintreten, sondern muß die bewußte Tat des Willens der Arbeiterklasse sein!

Sieht das nicht dem Kommunismus zum Verwechseln ähnlich? Bis auf eine „Kleinigkeit“. Der Kern der Marxschen Analyse des kapitalistischen Systems ist ja doch der, daß es vermöge seiner inneren Gesetze seine inneren Widersprüche mehr und mehr auf die Spitze treibt, daß diese Widersprüche aber nicht „automatisch“, sondern durch die bewußte Tat der Arbeiterklasse zur Aufhebung der Grundlagen des Kapitalismus führen. Die Arbeiterklasse vollstreckt also hier **bewußt** eine geschichtliche **Notwendigkeit**. Läßt man mit Hilferding (nach altem revisionistischen Muster) die gesetzmäßige Steigerung der inneren Widersprüche weg, ja ersetzt man sie, wie Hilferding dies tut, durch die Behauptung, daß die Entwicklung der kapitalistischen Monopole, des „organisierten Kapitalismus“, gerade umgekehrt diese Widersprüche mehr und mehr beseitigt, mehr und mehr Ordnung und Harmonie in sie hineinbringt, so verliert der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse zum

Sozialismus jeden objektiven Boden unter den Füßen, es schwindet ihm sowohl der Antrieb wie das Ziel, und er ist zum Scheitern verdammt, weil er dem kapitalistischen Entwicklungsgesetz widerspricht. An die Stelle der revolutionären Aktion, die die Grundlage zum Sozialismus schafft, tritt dann die Aktion, die den Kapitalismus aktiv fördert und bestenfalls die Lage der Arbeiterschaft im kapitalistischen Rahmen zu verbessern trachtet. Der Wille zum sozialistischen Umsturz schlägt um in den Willen zur Erhaltung des Kapitalismus.

Und das war ja auch die tatsächliche Rolle der Sozialdemokratie und der von ihr geleiteten Gewerkschaften von 1914 ab und ist es bis heute geblieben.

Dementsprechend muß man, solange noch die sozialistische Sprache beibehalten wird, den Kapitalismus „automatisch“ in den Sozialismus verwandeln. Die Trusts, Kartelle, Syndikate werden organisierte Wirtschaft „schlechthin“. „Organisierte Wirtschaft“ ist aber Sozialismus. Folglich . . . selbst die Technik hilft dazu, die Widersprüche des Trustkapitalismus zu überwinden. Die synthetische Chemie, das ist die neue Entdeckung Hilferdings, neutralisiert sozusagen die kapitalistischen Widersprüche, dämpft die kapitalistische Konkurrenz um die Rohstoffe. Sie verschafft der kapitalistischen Wirtschaft die „Unabhängigkeit“ von den Rohstoffen. Herr Hilferding muß nur noch den synthetischen Chemikern das Geheimnis verraten, wie sie ihre Synthesen ohne Rohstoffe machen. Einstweilen können sie das noch nicht. Die synthetische Chemie ersetzt die einen durch andere Rohstoffe. Abgesehen von Luft, Wasser und vielleicht Silizium, dem Element, das den Hauptbestandteil der festen Erdrinde ausmacht, sind die anderen Rohstoffe auch nur in begrenzten Mengen da, z. B. die Kohle, eine der wichtigsten Ausgangsmaterialien der chemischen Industrie. Was die synthetische Chemie bewirkt, ist also nicht die geträumte Unabhängigkeit der kapitalistischen Welt von Rohstoffen überhaupt und daher das Ausschalten der kapitalistischen Konkurrenz um sie, sondern nur die Ersetzung der einen durch die andern Rohstoffe und daher die Veränderung der Objekte der Rohstoffkonkurrenz. Die mögliche Erschöpfung zum Beispiel der Kohle ist bereits geraume Zeit Gegenstand der Diskussion unter den Geologen. Der „Marxismus“ des Herrn Hilferding äußert sich darin, daß er sich Phantasien über den Kapitalismus ausmalt, die seinen Geschäftsleuten der nüchterne kapitalistische Verstand verbietet.

Nehmen wir dann die Trusts. Hilferding behandelt sie nach der bekannten Proudhonschen Kleinbürgermanier. Sie haben eine gute Seite und eine schlechte Seite. Gute und revolutionäre Seite: die Tendenz zur Konzentration der Produktion. Schlechte und reaktionäre Seite: die Tendenz zur Preiserhöhung.

Die Tendenz der kapitalistischen Monopole zur Konzentration und zur Steigerung der Produktion scheint Hilferding heute eine absolute:

„Die Gesellschaft hat begriffen, deklamiert er, daß es ihr Interesse ist, die Produktivität möglichst zu steigern. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Gesellschaft erklärt, die Führung eines Unternehmens ist gesellschaftliche Angelegenheit.“

Der Leser schlage desselben R. Hilferding „Finanzkapital“ auf. Er kann dort des langen und breiten nachlesen, wie das kapitalistische Monopol, vermöge seiner inneren Gesetze, die Tendenz hat, den technischen Fortschritt,

die Erweiterung der Produktion zu hemmen, die Monopolprofite durch künstliche Einschränkung des Angebots auf dem Markte zu steigern. Und dann schaue sich der Leser die Statuten und die Praxis irgendeines der großen modernen kapitalistischen Monopole an, des Stahltrusts, des Chemietrusts, des Kunstseidentrusts usw. Ueberall künstliche, bewußte Schranken der Produktion. Von der phantasievollen Hilferdingschen „Erklärung der Gesellschaft“ findet sich in jeder kapitalistischen Monopolgesellschaft das gerade Gegenteil, nämlich detaillierte Bestimmungen über den Umfang der Gesamtproduktion und über ihre quotenmäßige Verteilung unter die einzelnen Gesellschafter. Auch von einer Erklärung der „Gesellschaft“, daß die Führung eines Unternehmens „gesellschaftliche Angelegenheit“ sei, auch nur in dem Sinne, daß die kapitalistische Organisation der Gesellschaft, der kapitalistische Staat darüber bestimme, ist bislang nichts kund geworden. Diese „Erklärung“ gibt Herr Hilferding ganz auf eigene Faust ab. Aber wir ziehen ganz entschieden die „Erklärungen“ und vor allem die tatsächliche Praxis der Kapitalisten, als authentischer, denen des Herrn Hilferding vor.

Herr Hilferding tut auch auf dem ökonomischen Gebiete nichts anderes, als was er bisher auf politischem Gebiet getan hat. Eine momentane Erscheinung wie die kapitalistische Rationalisierung in Deutschland und einigen anderen Ländern wird von ihm einseitig, d. h. falsch analysiert und dann zur Höhe eines Gesetzes des Kapitalismus erhoben, auf das der marxistische Stempel aufgedrückt wird. Herr Hilferding verfertigt jetzt die marxistischen Formeln für das jeweilige kapitalistische Tagesbedürfnis.

Dabei braucht es keiner besonders tiefgehenden Analyse, um zu sehen, daß die augenblickliche Phase der Rationalisierung in Deutschland, die zunächst noch auf Herabdrückung der Selbstkosten und auf Steigerung der Produktivität gerichtet ist, und auf dem inneren Markt noch keine erheblichen allgemeinen Preissteigerungen mit sich gebracht hat, der Natur der Sache nach nur kurzlebig sein kann und früher oder später die Tendenzen zur Hemmung der Produktivität und zur Steigerung der Preise herauskehren muß.

Von dieser rein kapitalistischen Plattform aus erhebt sich nun Hilferding zum Fluge zum Sozialismus. Das Problem der Zeit ist die gegenseitige Durchdringung der Staats- und Wirtschaftsorganisation:

„Unserer Generation — verkündet er — ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die von dem demokratischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt wird.“

Und das wird dann in folgenden populären Appell umgewandelt:

„Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Arbeitslohn ein politischer Lohn ist, der abhängt von der Stärke der Arbeiterklasse, von der Organisation und sozialen Macht der Arbeiter innerhalb des parlamentarischen Staates. Die Arbeiterfrauen müssen endlich begreifen, daß sie, wenn sie zur Wahl gehen, die Lohnhöhe bestimmen, den Brotpreis und den Fleischpreis.“

Herr Hilferding versteht das Handwerk. Was kann zugkräftiger sein? Der Trick ist an sich zur Genüge bekannt. Zuletzt produzierte ihn in seiner Art der Herr Professor Sombart, der den Arbeitern einzureden versuchte, daß es nur von ihrem Willen abhängt, die Löhne unbegrenzt zu steigern und die Preise ebenso unbegrenzt zu senken. Damals erinnerte den Professor

Rosa Luxemburg daran, daß es so etwas wie ein kapitalistisches Lohngesetz gibt, das den Arbeitslohn innerhalb beweglicher, aber enger Grenzen einspannt. Sie nannte Sombart einen Charlatan. Wie soll man den ehemaligen Marxisten Hilferding nennen, der heute von den objektiven Schranken der Löhne und Preise kein Wörtchen zu sagen weiß, und das unter Verhältnissen, die so gründlich wie möglich verschieden sind von denen, unter denen Herr Sombart auftrat. Damals eine echte kapitalistische Hochkonjunktur, rasch sich ausdehnende Märkte, die kapitalistischen Monopole noch bescheiden entwickelt. Heute immer noch eine Millionenarmee von Arbeitslosen, Enge des Marktes, eine absolut beherrschende Stellung der Kapitalsmonopole.

Und auch hier wieder bei Hilferding die reformistische Verfälschung eines richtigen revolutionären Gedankens, des Gedankens nämlich: daß Löhne und Preise heute mehr denn je eine Sache des politischen Kampfes der Arbeiterklasse werden, aber nicht eines reformistischen, durch den man Schritt für Schritt innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates unbegrenzt vorwärts kommen könne, sondern eines revolutionären, für den der tägliche Kampf die Kräfte sammelt, organisiert und schult, der aber sein Ziel nur erreichen kann, indem er das Machtverhältnis der Klassen zugunsten des Proletariats umwälzt.

Herr Hilferding hat nun zu bestimmen, was das Wesen der bürgerlichen Republik und Demokratie ausmacht und daraus die Aufgaben der Sozialdemokratie in der deutschen Republik abzuleiten, und wir sind genötigt, ihm auch auf dieses Gebiet zu folgen.

4.

Indem wir von der bürgerlichen Republik und der bürgerlichen oder formalen Demokratie sprechen, haben wir jedoch einen groben Verstoß gegen den Marxismus neuester Observanz begangen. Es gibt nur Demokratie schlechtweg und wohl auch Republik schlechtweg. Wir sind also glücklich beim vulgärsten Vulgärrepublikanismus angelangt, von dem Marx und Engels ihr Leben lang sich aufs schärfste und klarste abgegrenzt haben, also bei Mazzini, Louis Blanc, Ruge, Blind & Co. Wenn Herr Hilferding Marx und Engels auch in diesem Punkte in vulgäre Demokraten umfälscht, so tut er das nicht ohne tiefere marxistische Begründung. Den bürgerlichen Staat, also auch die bürgerliche Republik mit Marx als eine Organisation der herrschenden Klassen, der kapitalistischen Klasse in unserem Falle, aufzufassen, ist „keine marxistische Staatstheorie“ — „weil es auf alle Staatsformen zutrifft und der Marxismus gerade den Unterschied der einzelnen Staatsformen zu erfassen sucht“. Wie tief! und wie alt! Ungefähr im vierten vorchristlichen Jahrhundert blühten in China die sogenannten Sophisten, die mit dem Paradoxon paradierten, daß ein weißes Pferd, ein Schimmel also, kein Pferd sei. Auf derselben Höhe steht die Hilferdingsche Entdeckung, wonach die Besonderheit der bürgerlichen Staatsformen ihren allgemeinen Charakter aufhebt.

Damit verbindet Hilferding die Fälschung des bekannten Satzes Marxens in der Einleitung der Inauguraladresse, daß der Zehnstundentag ein Sieg der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse über die der Bourgeoisie war. Das „politische Prinzip der Arbeiterklasse“ das hier siegte, war nach Hilferding

das, „den Staat als Mittel der Beherrschung und Leitung der Wirtschaft zu verwenden in Diensten des allgemeinen Interesses“. Das Gift steckt hier im Schwanze. Der Sieg der Zehnstundenbill war ein Sieg der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse, weil hier eine *spezifische Klassenforderung der Arbeiter* durch die staatliche Gesetzgebung sanktioniert wurde. Setzen wir statt dessen das „allgemeine Interesse“, das sich vermittelt Eingriffs der bürgerlichen Staatsmaschine in die kapitalistische Wirtschaft durchsetzt und nehmen wir die Tatsache hinzu, daß unter kapitalistischen Verhältnissen das allgemeine Interesse nur eine faule Redensart für das allgemeine kapitalistische Interesse ist, so sind wir bei dem Prinzip, zwar nicht der politischen Oekonomie der Arbeiterklasse, sondern der politischen Oekonomie des monopolistischen Kapitalismus angelangt, der längst gewohnt ist, die Staatsmaschine für seine allgemeinen Zwecke ausgiebigst zu verwenden. Die Manchester-Theorie, wonach der Staat sich um die Wirtschaft nicht zu kümmern hat, ist im heutigen Deutschland kein Gegner mehr. Umgekehrt. Dem Arbeiter tritt auf Schritt und Tritt das vertrustete Kapital in der Form der *republikanischen Staatsgewalt* gegenüber, und dieser wird ihr Geschäft angenehm erleichtert, wenn sie sich auf die Hilferdingsche neueste Sorte von Marxismus berufen kann, wonach die republikanische Form hinreichend ist, damit sie ihren kapitalistischen Klassencharakter verliert und sich in die Vertreterin „des allgemeinen Interesses“ verwandelt. Nebenbei, wenn später Hilferding die Gefahr eines faschistischen Umsturzes groß an die Wand malt, um die Konzentration der Arbeiterklasse auf die Verteidigung der bürgerlichen Republik zu rechtfertigen, so merkt er nicht, daß diese seine Theorie von der republikanischen Staatsgewalt als der Vertreterin der allgemeinen Interessen dem faschistischen Umsturz aufs allervortrefflichste vorarbeitet. Das Wesen des Faschismus, der darin dem Bonapartismus am nächsten verwandt ist, besteht ja gerade darin, daß die bürgerliche Staatsmaschine als Vertreterin des „allgemeinen Interesses“ sich *sch einbar* über die Klassengegensätze erhebt und als scheinbare Schiedsrichterin der Klassen sich ihnen gegenüber verselbständigt. Die Kleinbürgerillusion von der über den Klassen stehenden, neutralen Staatsgewalt, die der Zwischenstellung des Kleinbürgertums zwischen den beiden ausschlaggebenden Klassen der modernen Gesellschaft entspringt, — die ist dem Faschismus wie dem kleinbürgerlichen Sozialismus gemeinsam. Und sowohl das Beispiel Italiens, wie das von Polen und Jugoslawien zeigen, wie leicht der Uebergang von dem sozialdemokratischen zum faschistischen Pol der kleinbürgerlichen Ideologie ist.

Seinen Marxismus, der die Unterschiede untersucht, hat Hilferding aber hier vergessen. Der „Faschismus“ im heutigen Deutschland ist ein sehr anderes Gewächs, lebt unter gänzlich verschiedenen allgemeinen Klassenbedingungen wie der italienische. Das Bild der Klassenverhältnisse im heutigen Deutschland ist ein ganz anderes. Der „Faschismus“ ist hier fest in der Hand einer politisch neu befestigten Bourgeoisie — neu befestigt mit Hilfe der Sozialdemokratie. Das bedeutet keineswegs, daß die bürgerlich-demokratischen Rechte, über die die deutschen Arbeiter heute noch verfügen, vor jedem Angriff gesichert sind. Aber es heißt die Arbeiter gröblich betrügen, wenn man sie daran gewöhnt, diesen Angriff anderswoher zu erwarten, als von der heute republikanischen deutschen Trustbourgeoisie,

geleitet von ihr, finanziert von ihr, beherrscht von ihr. Der nächstliegende Vergleich ist hier nicht Italien, sondern sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit ihren verschiedenen patriotischen, halb-militärischen Organisationen.

Solange die Herren Hilferding und Co. die kapitalistischen Grundlagen in Deutschland wirksam schützen können, solange es ihnen gelingt, die Arbeitermassen zu betrügen, solange wird die bürgerliche Republik und Demokratie in keiner ernstesten Gefahr sein. Und geraten die kapitalistischen Grundlagen trotz der Herren Hilferding und Co. in Gefahr, so kann man durchaus sicher sein, die Herren auf der anderen Seite der Barrikade zu treffen, wo sie die faschistische Aufhebung der bürgerlichen Demokratie mit Hilfe der Marxschen Sätze über die proletarische Diktatur rechtfertigen und begründen werden. Wenn dieser Faschismus sich noch republikanisch drapiert, so wird er es um so leichter haben.

Dies ist um so einleuchtender, wenn Herr Hilferding der Bourgeoisie schon von vornherein versichert, daß die Sozialdemokratie, im Falle der Bedrohung der Demokratie, „alle Mittel“ anwendet, daß aber damit nicht die Gewalt gemeint ist, denn „es gibt kein schwereres Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus als den Bürgerkrieg“. Wenn es einen Freibrief für die konterrevolutionäre Gewalt gibt, so ist es dieser.

5.

Dazu kommt noch ein anderes. Hilferding, der Demokrat und Republikaner, erklärt, daß die Sozialdemokratie jetzt ein Gegner des Milizsystems sei, denn sie sei die stärkste Form der militärischen Aufrüstung. Man dürfe daher jetzt die Reichswehr nicht prinzipiell ablehnen. Der Kampf gehe nicht gegen, sondern um die Reichswehr. Und dabei sei nicht die Gesetzgebung das wichtigste, sondern die Besetzung des Kriegsministeriums.

Zu letzterer Weisheit bildet die glorreiche Kriegsministerschaft Gustav Noskes wohl den schlagendsten Beleg.

Ueber die Militärfrage im heutigen Deutschland hoffen wir noch bei anderer Gelegenheit ausführlich zu sprechen. Hier nur so viel. Die Miliz hat in allen sozialdemokratischen Programmen figurirt als ein notwendiger Bestandteil der bürgerlichen Demokratie: nicht als die proletarische Form der Heeresorganisation, aber als die unter bürgerlicher Herrschaft für die Arbeiterklasse günstigste Voraussetzung für ihren Kampf um die Macht. Die entscheidenden Gesichtspunkte hat hier Friedrich Engels klar herausgehoben. Die Arbeiterklasse ist erstens daran interessiert, daß möglichst viele Arbeiter die Waffen in die Hand bekommen. Zweitens, daß die Dienstzeit möglichst verkürzt und dadurch die Züchtung des spezifisch militärischen Geistes hintangehalten wird. Und drittens, daß durch die möglichste Einschränkung der stehenden Kaders das Element der Berufssoldaten möglichst eingeschränkt wird. F. Engels deutete bereits an, daß die Miliz keineswegs die Form der proletarischen Heeresorganisation sei, und gegenüber allerlei Illusionen, die sich an die Milizlösung geknüpft hatten (siehe insbesondere Jaurès), entwickelte F. Mehring in einer bemerkenswerten Artikelreihe über die Miliz in der „Neuen Zeit“ eingehend,

daß zu ihrer vollen Verwirklichung in der bürgerlichen Gesellschaft die allgemeinen gesellschaftlichen Voraussetzungen fehlen, daß das moralische Band, das eine Milizarmee zusammenhalten und ihre Disziplin sichern könne, nur die sozialistische Organisation der Wirtschaft liefern könne, die in der Produktion selbst die kollektive Moral erzeuge. Er deutete damit bereits prinzipiell auf die spezifisch proletarischen Formen der Heeresorganisation.

Es ist aber etwas anderes, vom Boden der proletarischen Revolution aus über die Miliz hinauszugehen, als vom Boden der bürgerlichen Demokratie aus hinter sie zurückzugehen. Das letztere heißt, der bürgerlichen Demokratie die Knochen zerbrechen und die Zähne ausreißen. Das Argument Hilferdings, daß die Miliz die stärkste Form der militärischen Ausrüstung sei, ist einer der ältesten Ladenhüter aus der Rüstkammer der Fortschrittler der sechziger Jahre, der sogenannten Konfliktszeit, über den sich Engels weidlich lustig machte. Er antwortete den Fortschrittlern: Wenn Ihr preußische Großmachtspolitik treiben wollt und zugleich eine starke Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ablehnt, so begehrt Ihr einen sinnlosen Widerspruch. Die starke Armee wird dann eben gegen Euch geschaffen, nur habt Ihr dann die Möglichkeit verloren, die Ihr sonst hattet, die nötigen organisatorischen und sonstigen Garantien dagegen zu schaffen, daß sie von einer feudalistisch-militärischen Clique beherrscht wird, statt dafür zu sorgen, daß sie verbürgerlicht und also ausschließlich ein Werkzeug bürgerlicher Politik wird.

Engels' Belehrung prallte natürlich an dem Stumpfsinn der Fortschrittler wirkungslos ab. Dafür trafen aber alle seine Voraussagen prompt ein. Die Quittung dafür erhielt die deutsche Bourgeoisie 1914—18.

Wie steht es heute? Die Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden des „organisierten Kapitalismus“ — vulgo des Trust- und Konzernkapitals. Daß dieses Trust- und Konzernkapital eine starke Armee braucht und sie bei der nächsten günstigen Gelegenheit sich schaffen wird, das begreift schon ein englischer „Augur“ und der bornierteste deutsche Spießbürger. Der General Seeckt ließ in Ahnung der kommenden Dinge bereits seit längerer Zeit von seinen Vertrauensleuten die Miliz propagieren, und die Demokraten haben eine entsprechende Resolution im Reichstag eingebracht. Die Milizforderung maskiert natürlich die möglichst breit rekrutierte bürgerliche Klassenarmee, wobei die Kadets der Reichswehr und der faschistischen Organisationen dafür sorgen werden, daß der Milizcharakter nicht mehr als eine Augenblende wird.

Um all das vorauszusehen, dazu gehört, wie gesagt, weder besonderer Scharf- noch Weitblick.

Die Sozialdemokratie, die jetzt um die Reichswehr und um einen sozialdemokratischen Ersatz für Geßler „kämpft“ — wird sie dann nicht ebenso dämlich dastehen wie die Fortschrittler der sechziger Jahre?

6.

Die taktischen Folgerungen, zu denen Hilferding und mit ihm der sozialdemokratische Parteitag kommt, liegen auf der Hand. Man kann sie nicht drastischer formulieren, als es in den eigenen Sätzen Hilferdings geschehen ist:

„Und nun zum Reich. Jeder Staat muß regiert werden. Wenn wir erklären, grundsätzlich nicht mitzuspielen, erzwingen wir eine ‚Regierung gegen die Sozialdemokratie‘. Die Sozialdemokratie ist ‚ein unentbehrlicher Bestandteil des Staates‘ Wir haben keine prinzipiellen Gegner der Koalition mehr in der Partei.“

In Magistrate und in Landesregierungen müssen Sozialdemokraten auch als Minderheiten hineingehen. Die taktischen Hauptaufgaben der nächsten Zeit sind die Erhaltung der Koalitionsregierung in Preußen und der Sturz der Rechtsregierung im Reich, mit dem Ziele, auch im Reich eine neue Koalitionsregierung zu bilden.

Alles das bedeutet zweifellos eine weitere Etappe in der Festlegung einer rein bürgerlich-radikalen Politik der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bürokratie fühlt sich bereits als unentbehrlichen Bestandteil des Staates, will sagen der bürgerlichen Republik.

Daß die linke Bürokratie keine grundsätzlich andere Stellung einnimmt, das bewies schlagend die auf Hilferdings Referat folgende Debatte.

Weder bei Toni Sender, noch bei Aufhäuser, den beiden Hauptrednern der Linken, findet sich irgend etwas von einem solchen prinzipiellen Gegensatz. Toni Sender beklagte sich, daß bei Koalitionen mit bürgerlichen Parteien die Arbeiter die größeren Opfer bringen. Aber man wolle nicht eine „bequeme Opposition“ wie die der Kommunisten, sondern auch in der Opposition „konstruktive Arbeit“ leisten.

Das Vorbild ist hier offenbar die Opposition nach englischem Muster, wo regierende und Oppositionspartei sich in der Regierung ablösen und daher auch die Opposition innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Interessen sich zu halten und so ihre künftige Regierungsperiode vorzubereiten hat.

Aufhäuser stimmt der „glänzenden Analyse der ökonomischen und betriebstechnischen Situation durch Hilferding“ zu, billigt aber nicht dessen Folgerungen, denn es gäbe kein Hineinwachsen in den Sozialismus. Er warnt vor demokratischen Illusionen. Breitscheid stellte noch befriedigt fest, daß der Gedanke der proletarischen Diktatur auch „bei den Zwickauern“, d. h. den linkesten sozialdemokratischen Linken in Sachsen liquidiert sei.

Kein Wunder, daß die Mehrheit den Linken mit blutiger Ironie, mit offenem Hohn antwortete. Severing konnte unter dem Beifall des Parteitags höhnen:

„Die Opposition im Reiche hätte ich mir ein bißchen forscher und frischer gewünscht. (Große Heiterkeit.) Ich habe mich neulich mit meinem Freunde Löbe verschworen, daß, wenn wir beide im Herbst gesund in den Reichstag zurückkehren, wir die Opposition ein bißchen aufmuntern wollen.“

Hermann Müller: „Wir müssen uns, wie Genossin Sender sagt, auf den Boden der Demokratie ohne Beiwort stellen.“

Und schließlich Hilferding im Schlußwort:

„Der Antrag Aufhäuser und Toni Sender ist in der Formulierung total verunglückt. Beide hätten lieber ihre heutigen Reden als Antrag formulieren sollen.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ (siehe Leitartikel vom 30. Mai: Rückblick auf Kiel) aber tröstet sich damit, daß der Parteitag anerkannt habe, daß „der andere“ auch „das beste“ wolle, daß die Opposition bei den Beisitzervahlen zum Parteivorstand rund 30 Prozent der Stimmen bekommen habe; sie verteidigt gegenüber Angriffen des „Vorwärts“ die fraktionelle Organisation der Linken und erklärt, die Opposition gehe weiter.

7.

Fassen wir zusammen. Der Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zeigt ein doppeltes Gesicht. Ein noch tieferes Verwachsen der sozialdemokratischen Spitzen mit der bürgerlichen Republik und mit dem vertrusteten Kapital. Zugleich aber den Reflex der Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter in der damit verbundenen radikal-sozialistisch gefärbten Phrase, in der Eröffnung scheinbar sozialistischer Horizonte für die Gegenwart, in der scheinbaren sozialistischen Ausrichtung des politischen und gewerkschaftlichen Tageskampfes. Wir haben hier noch zu ergänzen die von Hilferding ausgegebene Losung der Wirtschafts- und Betriebsdemokratie. Die sozialdemokratische Linke, die 30 Prozent des Parteitags mustert, hat nichts prinzipiell Entgegengesetztes und nichts Konkretes zur Lage zu sagen und ist so geschlagen, ehe sie den Mund auftut.

Die Lehre für uns Kommunisten scheint mir klar zu sein. Der Inhalt der Demagogie der Mehrheit bezeugt, daß die proletarischen Elemente in der Sozialdemokratischen Partei erstens die Idee des Sozialismus festhalten und sie dem Trustkapitalismus entgegenstellen, zweitens, daß sie empfänglich und bedürftig sind zusammenfassender, konkreter, revolutionärer Losungen, eng verbunden mit dem revolutionären Endziel, zur Leitung des politischen und gewerkschaftlichen Tageskampfes. Diese Aufgabe laufend lösen, heißt die robuste Demagogie der sozialdemokratischen Rechten wirkungslos und die volle Impotenz der Linken der Arbeiterschaft sichtbar machen.

Der Kieler Parteitag der Sozialdemokratie hat diese A u f g a b e vortrefflich beleuchtet. Die Punkte, auf die die demagogische Phrase der Mehrheit sich konzentrierte, sind gerade die, wo die konkreten revolutionären Losungen den besten Boden finden müssen.

BENNET:

DIE REFORM DES OBERHAUSES

Das letzte Plenum der Komintern charakterisierte mit folgenden Worten die augenblickliche Situation in England:

„Die unerhebliche und vorübergehende Besserung in Industrie und Handel, die nach Beendigung der Aussperrung erfolgte, war hervorgerufen durch die Wiederherstellung der Industrie, die unter dem heldenhaften Kampf der Bergarbeiter gelitten hatte.“

Zu derselben Zeit, als das Plenum der Kommunistischen Internationale die oben angeführten Thesen über die Lage in England bestätigte, stellte „The Economist“ mit Besorgnis fest, daß „das Problem der Beschaffung neuer Bestellungen zum Verzweifeln treiben kann“. („The Economist“ vom 28. Mai.) Eine Charakteristik der ökonomischen Situation Englands, die sich voll und ganz mit den Schlußfolgerungen des Plenums deckt, finden wir etwas später in der Londoner Korrespondenz von Günther Stein („Berliner Tageblatt“ vom 8. Juni). In dieser Korrespondenz wird die Tatsache vermerkt, daß

„die Lage der englischen Kohlenindustrie sich im Laufe der letzten Monate unaufhörlich verschlechtert hat“. Der Verfasser kommt zu der Schlußfolgerung, daß „England wieder am Vorabend einer schweren Kohlenkrise steht“.

Immer lauter und lauter spricht man in England von der kommenden Kohlenkrise. Die bürgerliche Presse zieht es aber vor, den Problemen der Kohlenindustrie möglichst wenig Raum und möglichst wenig Beachtung zu widmen. Sie nimmt die Tatsache in Kauf, daß all die Hoffnungen, die man auf den wütenden Kampf gegen die Bergarbeiter gesetzt hatte, sich in keiner Weise erfüllt haben. Die verlängerte Arbeitszeit hat nur ein Anwachsen der Unglücksfälle in der Kohlenindustrie zur Folge und trägt zur Steigerung der Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern bei. Die Aussperrung behob die Krise nicht.

Wenn wir uns den anderen Zweigen der Industrie zuwenden, sehen wir überall dasselbe Bild: die Belebung nähert sich ihrem Ende und die Kurve, die im Dezember vorigen Jahres anzusteigen begann, wird durch eine absteigende abgelöst.

Es ist natürlich, daß die herrschenden Klassen gezwungen sind, zu den außerordentlichsten Maßnahmen zu greifen, um England vor dem Prozeß des Zerfalls zu retten. Das Mai-Plenum der Komintern charakterisierte die Linie der herrschenden Klassen folgendermaßen:

„Die Bourgeoisie macht die verzweifeltsten Versuche, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden; zu diesem Zweck organisiert sie weitere Angriffe auf die Arbeiterklasse, verstärkt die Intervention in China und bereitet den Krieg gegen die USSR vor.“

Wir täuschen uns wohl kaum, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß die neue „Reform“ des Oberhauses, die von der Regierung der Dickköpfe angekündigt ist, ein Glied in der allgemeinen Kette der verzweifelten Anstrengungen, einen Ausweg aus der außerordentlich schwierigen und verwickelten Situation zu finden, bildet.

Die Reform des Oberhauses ist sowohl durch die ökonomischen Mißerfolge wie auch durch politische Niederlagen der herrschenden Konservativen Partei diktiert worden. Seit Baldwin die Zügel der Regierung ergriffen hat, sind 2½ Jahre verflossen. Baldwin versprach dem Lande eine starke Regierung, Ruhe und ökonomischen Aufstieg. Die Regierung der Dickköpfe hat sich als machtlos erwiesen, ihre Versprechungen einzulösen. Die ganze Zeit des Bestehens des konservativen Kabinetts ist gezeichnet durch Erschütterungen und Krisen in allen Sphären des ökonomischen und politischen Lebens. Jedesmal setzten die Dickköpfe dem Lande die schönsten Versprechungen vor. Doch diese einzulösen, war die konservative Regierung nicht in der Lage.

Im Laufe der letzten Monate versicherte die bürgerliche Presse der Bevölkerung, daß mit der Bildung der Nanking-Regierung sich die Lage in China völlig verändert habe. Wie während des Bergarbeiterstreiks die gesamte bürgerliche Presse wie aus einem Munde behauptete, daß nach Beendigung des Kampfes der Bergarbeiter eine Periode der ökonomischen Blüte beginnen werde, so schreibt sie auch jetzt, nach dem Staatsstreich Tschang Kai-scheks, daß China wieder die Bahn des unmittelbaren Einflusses des englischen Imperialismus beschreite, und daß für die englische

Industrie sich neue lichte Perspektiven eröffneten. Doch auch diese Prophezeiungen gingen nicht in Erfüllung: der Pekinger Korrespondent der „Times“ (s. „Times“ vom 16. Juni) ist gezwungen anzuerkennen, daß „die Nankinger Regierung augenblicklich von niemand ernst genommen wird“, daß „diese hauptsächlich aus Tschang selber, unterstützt durch seine Armee, nicht aber durch die treibenden Kräfte der nationalistischen Partei, bestehe“.

Alle diese Betrügereien riefen in den breiten Volksmassen Englands eine tiefe Enttäuschung hervor, was in den Ergebnissen der Ergänzungswahlen klar zum Ausdruck kommt. Seit dem Bestehen der Baldwin-Regierung fanden 30 Ergänzungswahlen statt, an denen sich über 800 000 Menschen beteiligt haben. Von der Gesamtzahl der Wähler entfielen auf die Konservativen nur 36 Prozent, d. h. nur etwas über ein Drittel der Wählerschaft. Es ist sehr charakteristisch, daß auf Kosten der für die Konservativen abgegebenen Stimmen nicht nur die Stimmenzahl der Arbeiterpartei, sondern auch die der Liberalen wächst, die es fertig bringen, Kapital zu schlagen aus der Unzufriedenheit mit der Baldwin-Regierung in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die ihre Stimmen nicht der Arbeiterpartei geben wollen.

Baldwin und seine Helfershelfer sehen deutlich, daß die Macht ihren Händen entgleitet, und daß der Nebel des Sinowjew-Briefes, der ihnen zu dem so ausnahmslosen Sieg bei den Wahlen im Jahre 1924 verholfen hat, wieder weicht. Sie sind jetzt dabei, die Parlamentsmehrheit, die sie noch besitzen, auszunützen, um sich vor den kommenden unvermeidlichen Niederlagen zu sichern. Eben diesem Zweck dient auch der Entwurf der Reform des Oberhauses.

Die neue Reform läuft darauf hinaus, einerseits eine ständige und unveränderliche Mehrheit der Konservativen Partei im Oberhaus zu sichern, andererseits die Rechte dieses Hauses zu vergrößern und dadurch das Unterhaus zu entkräften. Mit anderen Worten: der Zweck der Reform ist, die Konservative Partei unabhängig von den allgemeinen Wahlen zu machen.

In den Monaten, als Macdonald an der Spitze der Regierung seiner Majestät stand, versuchten die englischen Kommunisten mit aller Entschiedenheit die Frage der Verwirklichung wenigstens des Programms der Demokratisierung des Landes durch Macdonald aufzurollen. Zu diesem Zweck hätte die Regierung Macdonald den Versuch unternehmen sollen, das archaische Oberhaus, das ein zuverlässiges Instrument in den Händen der herrschenden Klassen bildet, zu liquidieren. Doch der „Arbeiter“-Premierminister Macdonald, bekleidet mit einem, mit den Zeremonien des königlichen Hofes vollkommen übereinstimmenden Clowngewand, erklärte, daß es keinen Grund gäbe, die „schlafenden Hunde“ in ihrem Schlaf zu stören. Dabei versprach er, mit diesen schlafenden Hunden schon fertig zu werden, falls sie wagen würden, irgendwelche Lebenszeichen von sich zu geben.

Diese Hunde erwachen jetzt. Mehr noch: sie geben nicht nur Lebenszeichen von sich, sondern stellen Ansprüche auf die reale Macht. Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei beeilte sich, gemeinsam mit dem Generalrat eine Sitzung einzuberufen, um in dieser zu erklären, daß es mit allen Mitteln gegen den Entwurf der Reform des Oberhauses kämpfen werde. Ausgerechnet jetzt haben sich die Führer der Arbeiterpartei und des General-

rates daran erinnert, daß man die völlige Vernichtung des Oberhauses fordern muß.

Doch schwerlich wird diese heroische Resolution auf die Dickköpfe Eindruck machen. Eine ähnliche Resolution — mit noch schöneren Phrasen — wurde in der Frage des Zuchthausgesetzes gegen die Gewerkschaften angenommen. Birkenhead lachte die Veranstalter dieser Kampagne damals zynisch aus, indem er sie daran erinnerte, daß die konservative Festung nicht nur gegen die Trompeten von Jericho, sondern auch gegen die schönsten Tiraden irgendeines Schönredners versichert sei. — Birkenhead hatte recht. — Die Beratung der Gewerkschafts-Bill ist beendet, und diese Bill wird sehr bald Gesetzeskraft erhalten. Die Konservativen hatten es fertig gebracht, sogar während der Durchbringung dieses Gesetzes der Arbeiterklasse eine Reihe weiterer grausamer Schläge zu versetzen...

Die ganze Geschichte des Kampfes der Reformisten gegen dieses Zuchthausgesetz ist außerordentlich lehrreich. Im Grunde genommen, haben sich die Reformisten nur damit beschäftigt, das Bewußtsein der breiten proletarischen Massen einzuschläfern. Besondere Beachtung verdient die Sitzung vom 14. Juni d. J.. Sir Scott beantragte eine Verbesserung zu dem Gesetz, laut der ein besonderer Apparat von Zwangsschlichtungsausschüssen geschaffen wird. Diese Zwangsschlichtungsausschüsse sind aus der kanadischen Gesetzgebung übernommen und machen jeden Streik ungesetzlich, so lange der Konflikt nicht von dem Schlichtungsausschuß untersucht ist. Es scheint, daß in diesem Verbesserungsantrag nichts enthalten ist, was für die Gewerkschaftsbewegung erfreulich ist. Doch die Herren Clynes und Thomas vernahmen die ihren Ohren so angenehmen Worte vom Wirtschaftsfrieden. „Manchester Guardian“, „Daily Telegraph“ und „Times“ stellen fest, daß die Debatte von Anfang bis zu Ende getragen wurde von dem gemeinsamen Willen zum Wirtschaftsfrieden und zum Auffinden von neuen Möglichkeiten, um eine Versöhnung der Arbeiter mit den Aktionären mit Hilfe der richtigen und gerechten Verteilung der Industrieerzeugnisse zu erreichen. Ueberall fühlte man die allgemeine Uebereinstimmung, daß Streiks und Aussperrungen ein unvernünftiges und barbarisches Mittel zur Austragung der Konflikte sind, die von Zeit zu Zeit zwischen Arbeitgebern und -nehmern entstehen. Die Konservativen vermochten auf diese Weise aus der Durchführung des grausamen Zuchthausgesetzes gegen die Arbeiterbewegung eine Farce der Klassenversöhnung zu machen. Unter diesen Bedingungen können die Konservativen nun ruhig zur Reorganisierung des Oberhauses und zur Festigung ihrer Macht, sogar gegen den Willen einer bürgerlichen Demokratie, übergehen.

Es wäre aber ein grober Fehler, die Meinung von Clynes und Thomas für den Ausdruck des Willens, der Stimmungen und Wünsche der Arbeitermassen zu halten. Alle Nachrichten über den Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung, die uns erreichten, zeigen deutlich, daß der Differenzierungsprozeß der Arbeiterbewegung, der in der Resolution des Mai-Plenums über die Lage in England so eingehend beschrieben wurde, immer schärfer wird. Und heute mehr denn je ist die Kommunistische Partei Englands die einzige Partei, die die Bestrebungen der breitesten proletarischen Massen widerspiegelt und alles, was nur in ihren Kräften steht, daran setzt, diese Bestrebungen zu konkretisieren.

HEINZ NEUMANN:

DEUTSCHLAND UND DER KOMMENDE KRIEG

Am Vorabend des neuen imperialistischen Krieges, dessen Ausbruch mit ungeahnter Schnelligkeit heranreift, ist es notwendig, daß jede kommunistische Partei bei der Bestimmung ihrer Aufgaben von den Besonderheiten der Lage ihres Landes ausgeht. Bei der nachfolgenden allgemeinen Untersuchung der historischen Rolle, die der deutsche Imperialismus angesichts des kommenden Interventionskrieges gegen die Sowjetunion spielt, ließ es sich nicht vermeiden, im Interesse der Klarheit eine Reihe von Dokumenten der leninistischen Literatur und von Äußerungen der internationalen Bourgeoisie zu zitieren.

1. Die heilige Allianz der Imperialisten

Der faschistische Umsturz in Litauen, die Februarnote Chamberlains, eine Reihe von Bündnisverträgen und Militärkonventionen, die Ereignisse in Peking, Schanghai, London, Warschau, Leningrad und Minsk, schließlich die Genfer Junitagung des Völkerbundes, zeigen mit grellster Klarheit die Größe, Schärfe und Nähe der Kriegsgefahr. Nur wer Ohren hat, um nicht zu hören, und Augen, um nicht zu sehen, kann die unmittelbare Tatsache dieser Gefahr leugnen. Der offiziöse Publizist der konservativen britischen Regierung, „Augur“, hat in der Broschüre „Sowjets gegen Zivilisation“ mit ungewöhnlicher Offenheit und zynischer Rücksichtslosigkeit die theoretischen Grundlagen für den englischen Angriff gegen die Sowjetunion entwickelt. An der Spitze dieses Buches stehen als Motto die historischen Worte, mit denen Sir Eyre Crowe in der Kabinettsitzung vom 31. Juli 1914 den Eintritt Englands in den ersten Weltkrieg begründete: „Die Theorie, daß England nicht einen großen Krieg beginnen könne, bedeutet die Abdankung Englands als ein unabhängiger Staat.“ Die ganze Broschüre Augurs dient der Anwendung dieses Grundsatzes auf die heutige Welt-situation. Der Sprecher der englischen Konservativen entwickelt dabei drei politische Hauptideen:

1. Die Existenz der Sowjetunion bedroht die Lebensinteressen des englischen Weltreiches. Dieser Konflikt kann durch kein Kompromiß gelöst werden. Darum ist der Interventionskrieg gegen den Staat der proletarischen Diktatur unumgänglich notwendig. Augur analysiert in zwei besonderen Kapiteln die Entwicklung der chinesischen Revolution und den Generalstreik in England als zwei lebensgefährliche Bewegungen, die den Bestand des britischen Reiches untergraben und nur unter dem Einfluß „Moskaus“ ihre Stoßkraft gewinnen. Seine Schlußfolgerung lautet:

„Die britische Seite ist frei, ihre Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern besteht*.“

2. Nicht nur England, sondern das ganze kapitalistische Europa ist durch die Existenz der Sowjetunion bedroht.

* „Soviet versus Civilization“ by Augur, London 1927, S. 94.

„Die Attacke gegen Großbritannien ist eine Attacke gegen Europa als Ganzes. Darum muß eine Einheitsfront aller Völker hergestellt werden, die sich auf einen europäischen Zusammenhang berufen*.“

Folgerung: England muß die Führung einer Koalition aller europäischen Mächte gegen den Bolschewismus übernehmen.

„Es ist die Entschlossenheit der gegenwärtigen britischen Regierung, die die Mauer eines vereinigten Europa gegen ihn aufbaut**.“

3. Von entscheidender Bedeutung für das Zustandekommen des Kriegsblocks gegen die USSR ist die Einbeziehung *De u t s c h l a n d s*. England muß alles aufbieten, um die deutsche Bourgeoisie in die Front der Interventionsmächte einzureihen. Es muß zu diesem Zweck die Revision des Versailler Friedens herbeiführen.

„Anderenfalls wird Deutschland unvermeidlich von Zeit zu Zeit durch die Idee der Revanche heimgesucht werden***.“

Augurs Buch, das man in der Zukunft als ein geschichtliches Dokument von größter Bedeutung betrachten wird, entwirft ein genau umrissenes Schema für die Bildung einer Heiligen Allianz der europäischen Imperialisten gegen die Sowjetrepublik. Das eingestandene Ziel dieses Buches ist die Verwirklichung des Krieges, eines neuen Antijakobinerfeldzuges gegen die proletarische Revolution. Es soll zunächst eine Viermächtekoalition von England, Italien, Deutschland und Frankreich gebildet werden. Alle Handlungen der Regierung Baldwin-Chamberlain vom Moment ihrer Machtübernahme im Herbst 1924 an, bis zu den jüngsten Ereignissen beweisen, daß die Darlegungen Augurs mehr als eine literarische Privatarbeit bedeuten. Seine diplomatischen und militärischen Erwägungen decken sich vollständig mit dem praktischen Kurs der Torys, mit der Realpolitik des englischen Imperialismus.

Die Ursachen der englischen Kriegspolitik sind ebenso klar wie ihre Ziele. Das jetzige Kabinettsmitglied Sir Robert Horne, der vor sechs Jahren im Auftrag Lloyd Georges den Handelsvertrag vom 16. März 1921 mit der Sowjetregierung abgeschlossen hat, ist heute einer der Hauptagitatoren für den Krieg. Wie erklärt sich dieser Umschwung? Horne erklärte in einer seiner letzten Parlamentsreden:

„Ich nahm an, daß sich keine kommunistische Organisation auf die Dauer der Notwendigkeit, mit individualistischen Nationen Handel zu treiben, erwehren konnte.“

Hinter diesem Satz versteckt sich nichts anderes als die Spekulation auf die „Entartung“ des Sowjetstaates, seine „friedliche“ Rückentwicklung zum Kapitalismus, seine innere Zersetzung durch die Nep. Dies war die große Hoffnung der englischen Imperialisten vom Moment der faktischen Anerkennung der RSFSR an über die Konferenzen von Genua und Haag, bis etwa zum Ende des Jahres 1922. Aber es zeigte sich, daß die Sowjetmacht nicht die erwartete „Evolution“ zum Kapitalismus vollzog, sondern sowohl entgegen den Erwartungen ihrer Feinde, wie den trüben Prophezeiungen einiger oppositioneller Freunde — auf den Geleisen der neuen ökonomischen Politik zur Hebung der Volkswirtschaft (zur Industrialisierung des Landes), zur inneren und äußeren Befesti-

* „Soviet versus Civilization“ by Augur, London 1927, S. 83.

** Ebenda, S. 89.

*** Ebenda, S. 88.

gung der proletarischen Diktatur, zum Aufbau des Sozialismus schritt. Das war der erste Grund für die Wendung der englischen Politik.

Die gewaltige, stürmische Entfaltung der chinesischen Revolution, die seit Mai 1925 Hunderte von Millionen Menschen unter dem Banner des Kampfes gegen den Imperialismus, in erster Linie gegen den englischen Imperialismus, in Bewegung setzte, und objektiv ein mächtiger Verbündeter der Sowjetunion ist, war der zweite Grund.

Der Uebergang der Arbeiterklasse in England selbst zu solchen Aeußerungen der „bolschewistischen Propaganda“, wie es der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik waren, das war der dritte Grund. Augur schreibt über die Streiks:

„Die erste Generalattacke ist gescheitert, aber das britische Volk (?) muß auf der Hut sein und den neuen Attacken entgegentreten, die gerade jetzt gegen es vorbereitet werden. . . Der wirtschaftliche Niedergang dieses Landes ist in erheblichem Maße der kommunistischen Propaganda zuzuschreiben.“

Der letzte Grund für die Bildung der Heiligen Allianz war die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus, seine außenpolitische Neuorientierung, die beispiellose Erhöhung seines internationalen Gewichts, sowohl in politischer als auch in ökonomischer Beziehung. Auf diese Frage werden wir noch besonders eingehen.

Die internationalen Könige des Finanzkapitals, die neuen Bourbonen des Kapitalexports schließen einen Bund, um die proletarische Diktatur durch einen militärischen Ueberfall zu stürzen, das riesenhafte russische Wirtschaftsgebiet zu „erschließen“, und das organisierende Zentrum aller revolutionären Bewegungen der Welt zu vernichten. Das ist das Hauptziel der Interventionspolitik. Das ist der Kriegszweck.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß alle entscheidenden Teile der englischen Bourgeoisie sich bereits fest auf dieses Aktionsprogramm geeinigt haben. Das bekannte Doppelspiel zwischen dem gemäßigten und dem ultrakonservativen Flügel der Regierung Baldwin entspricht den Gruppendifferenzen zwischen gewissen Teilen der Industrie- und Handelsbourgeoisie einerseits, dem herrschenden Finanzkapital mit seinen Export- und Kolonialinteressen andererseits. Diese Gegensätze sinken immer mehr zu einer untergeordneten Bedeutung herab. Sie haben sich aus einem ernsthaften Störungsfaktor gegen die Kriegspolitik in den bloßen Reflex der Notwendigkeit verwandelt, vor den Volksmassen die Maske der „Friedensliebe“ zu wahren.

Es bleibt die Frage, ob und inwieweit die Bildung eines Interventionsblocks aller europäischen Mächte unter Führung Englands möglich ist. Schließen nicht die unbestreitbar und unaufhörlich zunehmenden Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und Staatengruppen eine solche Entwicklung aus? Ist die Bildung eines allgemeinen Blocks aller oder fast aller imperialistischen Länder für ein bestimmtes Kriegsziel denkbar? Lenin** spricht in seiner Polemik gegen die Kautskysche Theorie des Ultraimperialismus über die Möglichkeit einer imperialistischen Weltkoalition zur Unterdrückung Indiens, Indochinas und Chinas:

* Augur, Ebenda, S. 74.

** Lenin „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin, 1926, Seite 105.

„Angenommen, sämtliche imperialistischen Mächte schlossen ein Bündnis zur „friedlichen“ Aufteilung der genannten asiatischen Länder, so wäre das ein „international verbündetes Finanzkapital“. Faktische Beispiele eines derartigen Bündnisses gibt es in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, z. B. im Verhältnis der Mächte gegenüber China.“

Lenin b e j a h t also prinzipiell die Möglichkeit eines Bundes „sämtlicher imperialistischen Mächte“. Etwas ganz anderes ist die Frage, ob eine solche Koalition von langer Dauer sein, oder, wie Kautsky behauptet, zum Inhalt einer ganzen Geschichtsepoche werden kann:

„Es fragt sich nun, ist es denkbar, daß bei Weiterexistenz des Kapitalismus (und diese Bedingung setzt Kautsky ja gerade voraus), solche Bündnisse nicht kurzlebig sein würden? Daß sie Reibungen, Konflikte und Kampf in allen möglichen Formen ausschließen würden?

E s g e n ü g t, diese Frage klar aufzuwerfen, um sie nicht anders als negativ zu beantworten*.

Die gleiche Frage behandelte Lenin in seiner Diskussion mit Trotzki über die „Vereinigten Staaten Europas“^{**}:

„Freilich, vorübergehende Abkommen zwischen den Mächten und den Kapitalisten sind durchaus möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten Europas möglich, als Abkommen der Kapitalisten Europas — über was? Darüber, daß mit vereinten Kräften der Sozialismus in Europa unterdrückt werde, und die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigt werden.“

Die Erreichung eines „vorübergehenden Abkommens“, die Bildung eines Mächteblocks in diesem Sinn, eines imperialistischen Bundes der Vereinigten Staaten Europas zum Krieg gegen den Sozialismus und seine staatliche Organisationsform, die Sowjetunion, — das ist der Inhalt des gegenwärtigen Abschnitts der internationalen Politik und das Wesen der Konferenzen von Locarno bis Genf, der Völkerbundstagungen und aller diplomatischen Aktionen Englands in der letzten Zeit .

Selbstverständlich hebt das Bestehen dieser Koalition keinen Augenblick lang die wachsenden Konflikte und Reibungen innerhalb des imperialistischen Lagers auf. Die Gegensätze zwischen allen beteiligten Mächten entwickeln sich in neuen, höheren Formen ununterbrochen weiter. Das „gemeinsame“ Kriegsziel enthält in sich selbst die ungeheuersten, tiefsten Widersprüche: die gewaltsame Erschließung der Sowjetunion und Chinas für die Herrschaft des Finanzkapitals im Falle der Niederwerfung der proletarischen Diktatur und der revolutionären Freiheitsbewegung würde s o f o r t die Frage der Verteilung der neu eroberten Einflußsphären, und damit das Gesamtproblem einer imperialistischen Neuverteilung der Welt durch neue Kriege aufwerfen. Diese Gegensätze werden aber nicht nur in dem äußersten (praktisch vollkommen unwahrscheinlichen) Falle eines Sieges der imperialistischen Intervention aufgerissen, sondern sie bestehen bereits heute in schärfster Form. Sie drücken dem kommenden Krieg und jeder einzelnen Phase seiner Vorbereitung ihren unauslöschlichen Stempel auf.

Der Interventionskampf gegen die Sowjetunion wird ein Klassenkrieg, ein direkter Zusammenprall zweier feindlicher Gesellschaftssysteme sein, wie

* Lenin „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, S. 106 (die Sperrung hier, wie auch bei weiteren Stellen von mir. H.N.).

** Lenin „Ueber die Losung der Vereinigten Staaten Europas“, August 1925. Deutsche Ausgabe „Gegen den Strom“, S. 125.

ihn die moderne Geschichte bisher nicht gekannt hat. Dieser Krieg wird nicht zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen geführt, wie der von 1914-1918, sondern zwischen der Bourgeoisie mit ihren Verbündeten und dem staatlich organisierten Proletariat mit seinen Verbündeten. Die Sowjetunion, als der Mittelpunkt aller revolutionären, antiimperialistischen Bewegungen führt diesen Krieg als einen gerechten, geschichtlich progressiven revolutionären Freiheitskampf. Das bürgerliche England, als der Mittelpunkt der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtung unternimmt einen räuberischen, reaktionären, imperialistischen Angriffskrieg, d. h. einen Krieg der Kapitalisten um die Herrschaft über die Welt, um die Eroberung neuer Märkte für das Finanzkapital, um die Verteilung und Neuverteilung der Profite, um die Unterjochung fremder Völker, um die schonungslose Unterdrückung der Arbeiterklasse. Diesem entscheidenden Kampf zweier entgegengesetzter Weltordnungen ordnen sich nicht nur „im allgemeinen“, sondern im konkretesten, praktischsten Sinn des Wortes alle sonstigen Gegensätze unter. Sie werden weder beseitigt, noch vermindert, sondern zusammengefaßt und konzentriert durch den gemeinsamen Ueberfall auf die Sowjetunion, der seinerseits nichts als eine neue Form für die Entwicklung und Austragung dieser Gegensätze bildet. In ihrer glänzenden Untersuchung über die Entstehung des Krieges von 1914 schrieb Rosa Luxemburg*:

„Es war . . . klar . . . daß der europäische Weltkrieg zur Entladung kommen würde, sobald die partiellen und abwechselnden Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten eine Zentralisationsachse, einen überwiegenden starken Gegensatz finden würden, um den sie sich zeitweilig gruppieren können.“

Wir glauben, dieser Satz gibt nicht nur eine vollständig richtige marxistische Erklärung für den Moment des Kriegsausbruchs von 1914, sondern er ist von allgemeiner Gültigkeit für die Mechanik der „Entladung“ jedes imperialistischen Krieges, insbesondere des jetzt bevorstehenden. Nichts ist flacher und falscher, als die Unterschätzung der Kriegsgefahr mit dem Hinweis auf die — von niemanden abgeleugneten — „Gegensätze zwischen den Imperialisten“! Solche Gegensätze bestanden auch vor 1914, und zwar keinesfalls nur zwischen den beiden feindlichen Lagern, sondern auch innerhalb dieser Lager selbst. Lenin bemerkte z. B. anlässlich der Möglichkeit eines russischen Separatfriedens mit Deutschland im November 1916², daß der Interessengegensatz zwischen den „Verbündeten“ Rußland und England „nicht geringer — wenn nicht noch größer“ sei, als die Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland. Weshalb gelang es England, den russischen Zarismus, der durch ebenso tiefe oder noch tiefere Gegensätze von ihm getrennt war als von Deutschland, trotz allem in den Ententeblock gegen den Dreibund fest einzugliedern, und sogar die Gefahr eines Separatfriedens unwirksam zu machen? Es gelang, einmal, weil der deutsch-englische Konflikt die Zentralisationsachse, den Angelpunkt des imperialistischen Krieges von 1914 bildete, um den sich alle anderen Gegensätze, darunter auch der russisch-deutsche, der russisch-österreichische usw. gruppierten, und zweitens, weil die Initiative, die Führung innerhalb der Ententealition unbestritten in den Händen Englands, nicht aber Rußlands lag.

* Rosa Luxemburg „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Juniusbroschüre) S. 22.

² Lenin „Ueber den Separatfrieden“, „Gegen den Strom“. Deutsche Ausgabe, S. 356.

Das untrügliche Kennzeichen dafür, daß die neue Kriegsgefahr im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar vor ihrer Entladung steht, daß sie in das akuteste Stadium gerückt ist, liegt in der Tatsache, daß sich alle abwechselnden und partiellen Gegensätze zwischen den Imperialisten um das eine überragende Hauptproblem des Krieges gegen die Sowjetunion sammeln. Gewiß, isoliert betrachtet, gibt es zwischen den europäischen Mächten eine Reihe tiefer Konflikte: den italienisch-französischen, den deutsch-französischen, den deutsch-polnischen, um nur die wichtigsten aktuellen Streitfragen zu nennen. Die englische Politik selbst befindet sich im Widerspruch zu den Interessen Frankreichs in Europa und zu denen Amerikas im Weltmaßstabe. Der neue deutsche Imperialismus bereitet sich auf die, allerdings noch fernliegende Perspektive eines gigantischen Wettkampfes mit England und Amerika um die Neuverteilung der Welt vor. Die rationalisierte deutsche Industrie nimmt schon heute in Europa, in Vorderasien, im Fernen Osten den schärfsten ökonomischen Konkurrenzkampf gegen England mit steigendem Erfolg auf. Die imperialistische Welt als ganzes wäre nicht imperialistisch, wenn sie nicht ein chaotisches Meer, ein ständiges Hin- und Herwogen von scharfen Gegensätzen und vorübergehenden Allianzen von Spannungen und Entspannungen darstellen würde. Aber auch der Krieg hat seine Dialektik, die gerade darin besteht, daß ein imperialistischer Weltkrieg nicht aus einer Summe von „isolierten Erscheinungen“ entspringt, sondern aus einem Weltzusammenhang imperialistischer Beziehungen der Großmächte zueinander und zu den Grundkräften des revolutionären Aufstandes gegen die alte Gesellschaftsordnung. Das Resultat dieses Weltzusammenhanges ist die Tatsache,

„daß in der jetzigen Weltlage, nach dem imperialistischen Kriege, das Verhältnis der Völker zueinander, das Weltsystem der Staaten bestimmt wird durch den Kampf der kleinen Zahl der imperialistischen Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetmächte mit Sowjetrußland an der Spitze“.

Diese Tatsache allein besagt noch nichts über den Moment der Verwandlung des allgemeinen, prinzipiellen, unversöhnlichen Gegensatzes zwischen den Imperialisten und dem Sowjetstaat in einem konkreten Krieg. Sie schließt andererseits keinesfalls Kriege der imperialistischen Staaten untereinander aus.

Der Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetmacht kommt erst dann zum wirklichen Ausbruch, wenn ein solcher Konflikt und eine solche Gruppierung der Kräfte entstanden ist, daß alle anderen Weltfragen davon beherrscht werden. Dieser konkrete Moment tritt jetzt ein. Sein politischer Ausdruck ist der Kampf Englands gegen die USSR und die sich bildende heilige Allianz der europäischen Imperialisten mit dem englischen Finanzkapital an der Spitze.

(Fortsetzung folgt.)

* Lenin, „Rede zur Nationalitäten- und Kolonialfrage auf dem II. Weltkongreß der K.I.“, 1921. Deutsches Protokoll, S. 138.

C. H. W U R M :

**BÖRSENKRISE UND DAWESPLAN IM LICHT E DER
POLITIK DES NEUDEUTSCHEN IMPERIALISMUS**

I.

Als vor einigen Wochen auf Grund der Kürzung der Report- und Lombardgelder eine gewaltige Baisse an den deutschen Börsen einsetzte, die hauptsächlich den kleineren Spekulanten bedeutende Verluste brachte, wurde die Politik der Reichsbank von den deutschen Börsenzeitungen heftig angegriffen, dabei aber immer entschuldigend betont, daß der verantwortliche Leiter der Reichsbank kein Börsenpraktiker sei und daß er sich zu Beschlüssen habe hinreißen lassen, deren Folgen er nicht übersehen konnte. Daneben wurde die Spekulation an der Börse als ohne Maß und Ziel vorsichgehend bezeichnet. Fehlleitung des Kapitals und falsche Politik der Reichsbank waren die Argumente, denen man in der gesamten Presse begegnen konnte. Es blieben somit für den oberflächlichen Beschauer der Börsenvorgänge nur „Irrungen“ und „Wirrungen“ zurück und auch die Fachzeitschriften verloren sich in Nebensächlichkeiten.

Wir behaupten nun und werden versuchen, den Nachweis zu führen, daß dieser Schritt, der eine gewisse Panikstimmung zur Folge hatte, in der Linie der allgemeinen Politik des neudeutschen Imperialismus liegt. Ehe wir diese Zusammenhänge aufzeigen, wollen wir kurz noch einmal die Vorgänge auf dem Geld- und Kapitalmarkt rekapitulieren.

Einige gegen das Jahr 1926 unterschiedenen Vorgänge machten sich seit April 1927 bemerkbar. In der Presse sprach man plötzlich von der Gefahr einer neuen Inflation. Die Reichsbank jedoch dementierte sie. Was war die Ursache dieses Pessimismus? Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen hatte sich wesentlich verschlechtert. Nach dem neuen Reichsbankgesetz muß die Deckung der Reichsbanknoten mindestens 40 Prozent in Gold und Devisen betragen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf die von der Reichsbank herausgegebenen Noten. Die Reichsbank hat aber auch eine gewisse moralische Verpflichtung gegenüber den umlaufenden Rentenmarkscheinen, die sich in einer Höhe von nahezu 1400 Millionen Mark im Umlauf befinden. Berücksichtigt man nun auch die im Umlauf sich befindenden Rentenmarkscheine, so betrug die Deckung des Notenumlaufs durch Sicherheiten im Januar 1927 55,9 Prozent, im April aber nur noch 43,6 Prozent. In dieser Zeit hatte sich der Notenumlauf der Reichsbank von 3133 Millionen auf 3676, also um über 500 Millionen erhöht. In der gleichen Zeit ging der von der Reichsbank angewiesene Devisenfond von 513 Millionen auf 170 Millionen zurück, um in der letzten Zeit noch weiter zu fallen. Teilweise veränderte sich der Wechselkurs so zu ungunsten der deutschen Valuta, daß der Goldpunkt überschritten wurde. Der Abgang der Devisen ist auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen, in erster Linie aber auf die passive Handelsbilanz, die im 1. Quartal 1927 über 800 Millionen beanspruchte. Darüber hinaus spielt auch die Rückzahlung von

Auslandguthaben kurzfristiger Natur, der erste Bartransfer in einer Höhe von 118 Millionen sowie auch ein gewisser Kapalexport eine bedeutende Rolle. Die Handelsbilanz war wohl schon früher passiv. Aber im Jahre 1926 hatte die deutsche Wirtschaft vor allem einen gewaltigen Zustrom von Auslandskapital. Das einströmende Kapital betrug 1926 monatlich im Durchschnitt rund 147 Millionen Mark, während es im Anfang des Jahres 1927 ganz bedeutend zurückging. Die Gründe lagen einerseits in der Herabsetzung der Diskontrate und andererseits in der Kapitalsteuer für ausländische Kapitalien. So mußte natürlich auch eine Diskrepanz zwischen zuströmenden und abgehenden Noten eintreten. Man könnte hier noch argumentieren, daß in der Vorkriegszeit die deutsche Handelsbilanz auch passiv war, aber dazu ist zu bemerken, daß die bedeutende Kapitalzufuhr aus den unsichtbaren Quellen ständig eine Aktivität der Zahlungsbilanz gewährleistete, während der Reparationsagent für das Jahr 1926 konstatierte, die Aktivität der Zahlungsbilanz sei nur auf Grund ausländischer Anleihen buchmäßig herzustellen gewesen. Auf die Schlußfolgerung, die die Bourgeoisie aus dieser Entwicklung zieht, sei mit wenigen Worten hingewiesen. Sie erklärt ständig, Deutschland könnte sich nur retten, wenn es die Ausfuhr hochqualifizierter Waren erhöhe. Selbstverständlich wird die Konkurrenzfähigkeit nur gewährleistet, wenn die Preise unter den Weltmarktpreisen liegen. Darum verlangte man auch ständig die Senkung des Anteils der Lohnkosten. Daß selbstverständlich auf diese Weise die Handelsbilanz auf die Dauer nicht aktiv werden kann, leuchtet ein, wenn man berücksichtigt, daß die meisten Staaten das Mittel der Schutzzölle benutzen, um sich vor jener Einfuhr zu schützen. Die Antwort darauf könnte dann nur in einem schärferen Druck auf den Reallohn der Arbeiterschaft bestehen, was aber eine Verschärfung der Klassenkämpfe nach sich ziehen und die innere Lage komplizieren müßte, wobei gleichzeitig die Rückwirkung auf die Arbeiterschaft in den anderen Ländern nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Richtig aber ist, daß sich durch diese Maßnahmen die Faktoren, die zu einer Passivität der Handelsbilanz führen, auf die Dauer nicht beseitigen lassen. Soviel darüber.

Das zweite zu behandelnde Moment ist die bedeutende Zunahme des Notenumlaufs und das gegenüber dem Vorjahre ums Doppelte gestiegene (2,42 Milliarden Mark) Wechselportefeuille. Die Reichsbank argumentierte, daß durch eine Reduzierung der Reportgelder eine bedeutend verringerte Beanspruchung der Reichsmark in bezug auf beide vorerwähnten Posten eintreten würde. Die Tatsachen, d. h. die Erhöhung des Notenumlaufs und die Vergrößerung des Wechselportefeuilles beweisen, daß eine Verengung des Kreditvolumens der Reichsbank trotz aller Maßnahmen nicht eingetreten ist. Was hatte nun die Kündigung der Reportgelder, die zu dem bekannten Presse Sturm führte, für eine Wirkung? Die Kurse der besten Terminpapiere fielen durchschnittlich um 40 Prozent. Man schätzte die Verluste, die dadurch eingetreten sind, auf rund 500 bis 1000 Millionen Mark. Nachdem dieser Akt, der in seinem Endergebnis nur zu einer Umschichtung des Kapitals führte, erledigt war, wurde natürlich die Schuldfrage aufgerollt, aber keiner wollte verantwortlich sein. Wir werden später sehen, daß wir es auch hier mit einem ganz bewußten Akt zu tun haben.

Doch zunächst einige Vorbemerkungen zur Rolle der Spekulation überhaupt. Seit Monaten schreiben die Zeitungen, auch die sozialdemokratischen

über das Hazardspiel an der Börse. Man sprach davon, daß die Ausgabe von Krediten zum Zwecke der Börsenspekulation eine ungesunde und wirtschaftlich schädliche Erscheinung sei, da diese Kredite keine produktive Verwendung fänden. Der Reichsbankpräsident sagte sogar in einer Rede, daß die an der Börse gemachten Profite in die Gasthäuser, d. h. in die persönliche Konsumtion eingehen. Das ist natürlich ein Unsinn und bestenfalls ein Manöver zur Betörung derer, die nicht alle werden. Es ist klar, daß sich der industrielle Kapitalist ebensowenig den individuellen Konsum entgehen läßt wie der Börsenspekulant. „Es ist ein konventioneller Grad von Verschwendung, der zugleich Schaustellung des Reichtums ist“, sagte schon Marx im Kapital bei der Betrachtung der Revenuen. Daß die bürgerliche Presse und die „berufenen Führer der Wirtschaft“ so argumentieren, ist ihre Sache, und entspricht ganz der Situation, in der sich die kapitalistische Welt heute befindet. Doch selbst die Sozialdemokratie beurteilt diese Dinge nur oberflächlich und betet nach, was die „Fachleute“ sagen. Nach ihr ist der Kapitalismus eine ganz gute Sache, wenn nur die Börse nicht wäre. Ein ähnliches Lied sangen einmal die Völkischen. Der „Vorwärts“ vom 15. Mai dieses Jahres schrieb:

„Oft genug hat der ‚Vorwärts‘ auf die Fehlleitung des Kapitals hingewiesen, die darin bestand, daß der Spekulation unbeschränkte Mittel zur Verfügung gestellt wurden, während an vielen Stellen der Produktion dank einer verfehlten Börsenpolitik das notwendige Leihkapital mangelte.“

Es ist dies natürlich eine absolut flache und vulgärökonomische Betrachtungsweise, wenn man in der vorstehenden Art zwischen Börsen- und Produktionskrediten unterscheidet. Hier besteht umgekehrt eine Wechselwirkung, und

„alles, was das Geschäft erleichtert, erleichtert auch die Spekulation, beide sind in vielen Fällen so eng verknüpft, daß es schwer ist, zu sagen, wo das Geschäft aufhört und wo die Spekulation anfängt“.

Doch abgesehen von der allgemeinen Einschätzung der Börse durch den „Vorwärts“ ist auch die sachliche Behauptung falsch, es bestände zwischen Report und Lombardkrediten auf der einen Seite und Produktionskrediten auf der anderen kein Zusammenhang. Wir werden aufzeigen, wie auch die Reportkredite, allerdings auf Umwegen, in die Kanäle der Produktion eindringen. Wir sehen dies am besten im Zusammenhang mit der Betrachtung des Zwecks der Börsenspekulation.

Bei der Börsenspekulation kann man zwei große Gruppen von Spekulanten unterscheiden. Eine Gruppe kauft Papiere zum Zwecke profitabler Kapitalanlage. Diese Gruppe rechnet mit einem möglichst hohen Ertrag. Eine andere Gruppe, und das ist die größere, sind die sogenannten Hausse- und Baissepekulanten, für die die Ueberlegungen der ersteren nicht in Frage kommen. Sie können mit der Spekulation die Differenzgewinne ausnützen oder aber Einfluß auf bestimmte Unternehmen gewinnen. In beiden Fällen sind es Interessen, die sich von denjenigen der ersten Gruppe scharf unterscheiden. Letzgenannte Gruppe bildet die berufsmäßige Spekulation. Der Spekulation dienen als Hilfsmittel zum Kauf von Terminpapieren die Lombard- und Reportgelder. Doch hier muß man beachten, daß im allgemeinen nur wenig Gelder benötigt werden, um die Differenzen am Monatsersten zwischen Hausse und Baissegruppen auszugleichen. In vielen, vielleicht in

den meisten Fällen, sind die Papiere, die hier gehandelt werden, überhaupt nicht vorhanden. Aber die Bewegungen dieser Gruppe bilden umgekehrt einen Anlaß zum Kauf oder Verkauf jener Gruppen, die eine Kapitalanlage damit bezwecken oder Besitzer von Großaktien sind. Die für gekaufte Papiere benötigten Gelder, Reports und so weiter gehen natürlich in die Hände der Effektenverkäufer über. Wer kann nun als Verkäufer der Effekten in Frage kommen? In erster Linie die Aktiengesellschaften, d. h. die Großaktionäre selbst. Nehmen wir an, daß, wie das in der letzten Zeit der Fall war, die Kurse gewaltig gesteigert wurden, so besteht natürlich ein großer Anreiz zum Verkauf der Papiere. Die aus dem Verkauf eingehenden Gelder können nun zu den verschiedensten Zwecken Verwendung finden, von der Deponierung bei der Bank angefangen, bis zur produktiven Verwendung. Erweist sich vom Standpunkt der Profitrate aus die produktive Verwendung als zweckmäßig, so wird dies der Unternehmer tun, und der Zweck ist dann der gleiche, wie wenn er einen größeren Kontokorrentkredit erhalten hätte.

Da aber, wie schon früher gesagt, der Verkehr zwischen Hausse- und Baissespekulation größtenteils bargeldlos getätigt wird, so finden die Reportkredite auch starke Verwendung für den tatsächlichen Verkauf von Papieren. Somit steht fest, daß die Großaktionäre in diesem Falle ohne weiteres Mittel in die Hand bekommen, die sie produktiv verwenden können. Wenn sie es nicht tun, dürften sie dazu ihre Gründe haben, und diese dürften nur beim Profit zu suchen sein. Es ist also lächerlich zu sagen, daß eine verkehrte Bankpolitik die Ursache der Kreditnot für industrielle Zwecke sei. Die verminderte produktive Verwendung brachliegender Kapitalien ist vielmehr ein Faktor, dessen Ursachen in dem konkreten Zustand der kapitalistischen Wirtschaft der Gegenwart zu suchen sind. Aber eine andere Tatsache erhellt sich daraus, nämlich die, daß die Großkonzerne an der letzten Haussebewegung gewaltige Summen verdient haben und bereits aus dem Geschäft gegangen waren, als die Baisse eintrat. Schon von dieser Seite aus sehen wir ein erhebliches Interesse gerade der Großunternehmer an den Vorgängen an der Börse, d. h. an der letzten Haussebewegung und dem darauffolgenden Krach. Doch damit ist das Interesse der großen Konzerne an der Börsenspekulation noch nicht erschöpft. Haben die Großunternehmer ein Interesse an der Steigerung der Aktienkurse auch noch in weiterer Hinsicht? Es ist bekannt, daß die bedeutendsten Unternehmen in der letzten Zeit Neuemissionen vorgenommen haben. Der Emissionskurs bei Neuemissionen entspricht in den meisten Fällen dem Durchschnittskurs der Zeitperiode in der sie erfolgt, wenn nicht besondere Momente einen wenig über Pari liegenden Kurs verursachen, von denen wir hier aber absehen. Die neuen Papiere liegen gewöhnlich in den Händen der Interessenkreise der Konzerne. Sie kommen nur in ganz geringen Beträgen auf den Markt. Tritt nun eine bedeutende Kurssteigerung ein, wie das in der letzten Zeit der Fall war, so gehen die Großbesitzer zum Verkauf von Teilen ihres Aktienbesitzes über. Sie benötigen ja, wenn man nicht einmal das Mittel der Vorzugsaktien berücksichtigt, höchstens 25 bis 30 Prozent der ausgegebenen Aktien, um eine Gesellschaft zu beherrschen. Verkaufen sie, so gewinnen sie Mittel zum Ankauf neuer Papiere, zum Zwecke der Beherrschung neuer Unternehmen, also auch von dieser Seite aus ist das Industriekapital an der Börsenspeku-

lation interessiert und diese Tatsache zugehend, ruft der Börsentheoretiker der Sozialdemokratie, Naphtali, in einem Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus:

„Es ist ein unerwünschter und ungesunder Zustand, wenn ein weiter Kreis von Unternehmungen in seinem Wohl und Wehe mit der Börsenspekulation verknüpft wird.“

Er vergißt aber dabei, hinzuzufügen, daß hier eine eherne Gesetzmäßigkeit waltet, wobei der private Wille des einzelnen Kapitalisten keine sonderliche Rolle spielt. Es wäre vielleicht noch zu bemerken, daß in der Baisse die Unternehmungen den Besitz an Aktien, an denen sie besonders interessiert sind, mit Leichtigkeit wieder ergänzen können. Beurteilt man also so die Vorgänge, so gestaltet sich an Stelle von Zufälligkeiten ein ganz bewußter und planmäßig organisierter Akt, an dessen Ende eine gewisse Umschichtung im Kapitalbesitz steht, dessen Inhalt von Marx in den Worten gekennzeichnet wurde:

„Es ist eine Situation, wo die kleinen Fische von den Haifischen und die Schafe von den Börsenwölfen verschlungen werden“,

also ein Entwicklungsprozeß, der sich absolut in die allgemeine Tendenz der Entwicklung des Kapitalismus einreihet.

Ergündet man diese Vorgänge mittels einer etwas tiefergehenden Analyse, so sieht man auch, was das Geschwätz von den überspitzten Kursen der meisten Aktienpapiere, wobei die Rentabilitätsfrage ganz außer acht gelassen sei, wert ist. Ein ewiges Gejammer zum Zwecke der Täuschung. Ein Spiel mit verdeckten Karten, so sind die Unkenrufe der Duisberg, Stresemann, Schacht und Co. zu bewerten. Dabei sind sie noch so plump und außerordentlich ungeschickt.

Doch entbehrten die bedeutenden Kurssteigerungen wirklich jedes realen Hintergrundes? Mit nichten. Die Konzerne haben unzweifelhaft im Jahre der Rationalisierung und im Jahre des englischen Bergarbeiterstreiks bedeutende Profite gemacht, wenn diese auch nur in ganz ungenügender Weise in den Bilanzen und Geschäftsberichten zum Ausdruck kamen. Natürlich entwickelt sich hier ein unangenehmer Widerspruch zu der von der Bourgeoisie beabsichtigten „Erfüllungspolitik“, mit der wir uns noch beschäftigen werden. Aber die Absichten sind deutlich genug.

Doch nicht minder ist das Interesse, das das Bankkapital an diesen spekulativen Vorgängen nimmt. Abgesehen davon, daß die Ausgabe von Report- und Lombardgeldern höhere Zinsen abwirft, als zum Beispiel Kontokorrentkredite, laufen die Fäden des Industrie- und Bankkapitals so eng ineinander, daß hier von einer Verschiedenartigkeit der Interessen beider Kapitalgruppen nicht gesprochen werden kann. Dies zeigte sich unter anderem deutlich, als der sogenannte „moralisch“ Schuldige an der letzten Panik gesucht wurde. Das war ein amüsanter Katz- und Mausspiel, und jeder schrie: „Haltet den Dieb“! Doch zuletzt faßte die Berliner Stempelvereinigung den wahrhaft philosophischen Beschluß, die Suche nach dem Schuldigen aufzugeben. Wahrlich das Beste, was sie tun konnte.

Betrachten wir nun das Ende dieses ganzen in hübscher Einträchtigkeit gespielten Spieles. Die 25prozentige Kürzung der Reportgelder ist durchgeführt, doch die erwartete Wirkung ist ausgeblieben. Die sozialdemokratische Presse verteidigte die Haltung des Reichsbankpräsidenten und lobte ihn, daß

er von einer Erhöhung der Diskontrate abgesehen habe, weil so der Spekulation nicht beizukommen sei. Schließlich betonte man noch, daß die Erhöhung des Diskonts die Konjunktur gefährden könnte. Alles schön und gut, doch was sehen wir nun? Vor kurzer Zeit wurde der Diskont doch um 1 Prozent erhöht. Damit ist selbstverständlich der alte Zustand wieder hergestellt, und die Aktion entpuppt sich als ein ganz geschickter Schachzug, bei dem die Kleinen zur Ader gelassen wurden.

II.

Doch in welchem Zusammenhang stehen diese Vorgänge mit der Erfüllungspolitik, d. h. mit dem Dawes-Plan? Die wichtigsten Punkte im Dawes-Plan sind bekanntlich: 1. Die Aufbringung der Mittel für die Reparationen, 2. die Ueberführung der aufgebrachtten Mittel in die Hände der Empfangsländer und 3. die wirtschaftlichen Folgen dieser Vorgänge. Der Inhalt des Planes ist bekanntlich der, daß Deutschland sozusagen alle Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten zahlen soll. Es ist natürlich, daß nun die deutschen Imperialisten alle Hebel in Bewegung setzen, um nachzuweisen, daß sie nicht „erfüllen“ können, dies um so mehr, je näher die Zeit kommt, in der sich die Zahlungen in bedeutendem Maße häufen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Diskussion mehr theoretischer Natur und drehte sich hauptsächlich um das Problem der Transferierung, deren Durchführung angezweifelt wurde. Aber jetzt, wo die Dinge langsam akut werden, will man mit allen Mitteln die Revision forcieren. Einige deutsche Schwerindustrielle haben nun schon seit einiger Zeit einen „Einheitsfrontvorschlag“ gemacht, dahingehend, daß die europäischen Völker bei den Vereinigten Staaten den Konkurs anmelden. Da eine derartige Front von bedeutender außenpolitischer Konsequenz wäre, ist sie selbstverständlich nicht so einfach herzustellen, obwohl in England wie auch in Frankreich die verschiedensten Wirtschaftler eine Revision aus Gründen nationaler Natur fordern. So bleibt für den Augenblick Deutschland nichts weiter übrig, als bei konkreten Gelegenheiten selbst zum Angriff überzugehen. Eine solche Gelegenheit von größerem Ausmaße war bei der ersten bedeutenden Transferierung, die im April stattfand, gegeben, und sie wurde auch weidlich ausgenutzt. Bekanntlich kam bis zum 1. September 1926 ein Transfer überhaupt nicht in Frage. Im Jahre 1927 (vom 1. November ab) aber hat der Reparationsagent bereits freie Hand. Deutschland hat in diesem Jahr an Zahlungen rund 1500 Millionen Mark zu leisten und im Rechnungsjahr 1928 bereits 2500 Millionen. Nun machte bereits im Februar dieses Jahres der deutsche Finanzminister Köhler in einer Rede die Bemerkung, daß er keine Vorstellung davon habe, wie Deutschland die Reparationslasten aufbringen solle. Doch die Vorgänge auf dem Devisenmarkt wurden nun sofort mit der Frage des Dawes-Planes in Verbindung gebracht. Hier hatte bekanntlich der Reparationsagent 118 Millionen transferiert und die ganze bürgerliche Presse behauptete nun, daß der erste Versuch einer größeren Transferierung gescheitert sei. Die Bergwerkszeitung vom 15. Mai schrieb:

„Bei der Gesamtbetrachtung der Marktsituation hätte der Transfer unterbleiben müssen . . . Es könnte zwar nicht jetzt, aber in einem halben Jahr, wenn die Reparationslasten stark anwachsen, der Fall eintreten, daß der Dollarkurs sich vom Goldpunkt weiter entfernt als dieses Mal. Wir richten an die zuständigen Stellen die Mahnung: die Gefahr erkennen, heißt, sie vermeiden.“

Andere Zeitungen bemerkten, daß der Reparationsagent nicht nur mit dem Transfer die Stabilität der Währung gefährde, sondern auch ein schwerwiegendes Mittel zur Beeinflussung der Diskontpolitik der Reichsbank in Händen habe. Dabei ist zu erwähnen, daß, als der Reparationsagent größere Summen bei der Reichsbank stehen ließ, dieselbe Presse wieder argumentierte, daß dieses Mittel zu einem Eindringen der Amerikaner in die deutsche Wirtschaft benutzt werden könnte. Also auf beide Seiten der Politik des Reparationsagenten war eine entsprechende Antwort vorhanden. Was natürlich bei alledem zurückbleibt ist die einfache These: Weg mit dem ganzen Vertragswerk.

Sucht man die besprochenen Vorgänge an der Börse, die Aktion gegen das Transfer, die Reden über die zu günstige Einschätzung der deutschen Wirtschaft, Fälschung der Handelsbilanz, — alles Dinge, die einer Reduktion des Dawes-Planes das Wort reden — in ihren logischen Zusammenhang zu bringen, so ist es klar, daß sich das deutsche Finanzkapital gestärkt fühlt und mit der Offensive gegen die „Erfüllungspolitik“ zugleich einen nicht zu unterschätzenden Angriff auf die schwachen Kapitalschichten und vor allem auf die Arbeiterklasse innerpolitisch ausgeführt hat. Was also unterschiedslos von der deutschen Presse als „Zufall“, „Fehlpolitik“, „mangelnde praktische Kenntnis von der Börsenpolitik“ bezeichnet wurde, ist in Wirklichkeit die planmäßig fortgeführte Politik des deutschen Finanzkapitals in innen- und außenpolitischer Hinsicht, fortgeführt nach den Gesichtspunkten des Jahres 1926, das deutlich das wachsende Machtbewußtsein des neudeutschen Imperialismus erkennen läßt.

N. LENZNER:
EINE WIRRE SCHRIFT*

In den letzten Monaten konzentriert sich das kollektive Denken der ganzen Partei auf die Fragen, die mit der Umwälzung Tschang Kai-scheks in Zusammenhang stehen. Die breitesten Schichten unserer Partei und der gesamten Arbeiterklasse sind bestrebt, sich über die Gründe und Folgen dieser Umwälzung klar zu werden. Jeder Artikel und jede Broschüre werden zu Fetzen zerlesen. Unter solchen Umständen wird die Broschüre des Genossen Wilenski-Sibirjakow unter dem vielversprechenden Titel „Worin wurzelt der Verrat Tschang Kai-scheks?“ natürlicherweise die Aufmerksamkeit jedes lesenden Parteimitgliedes auf sich lenken. In seiner Broschüre versucht der Genosse Wilenski, nicht nur die Wurzeln des Umschwungs bloßzulegen, sondern auch die Strategie und Taktik der KP Chinas in dem neuen Stadium der chinesischen Revolution vorzuzeichnen. Und wir müssen von vornherein sagen: die Broschüre des Genossen Wilenski wird nicht dazu beitragen, über die Gründe und Lehren des Umschwungs Klarheit zu schaffen, sie wird nicht dazu beitragen, Klarheit zu schaffen über die Aufgaben der KP in der dem Umschwung Tschang Kai-scheks folgenden Periode; sie wird nur Verwirrung anrichten.

Wie sich herausstellt, erachtete es Genosse Wilenski für notwendig, eine spezielle Broschüre aus dem Grunde herauszugeben,

„weil viele unserer Genossen (Wer sind diese vielen? N. L.), die es gewohnt sind, sich nach der Person der Führer zu richten, manchmal die Klassenkräfte der Revolution vergessen und deswegen falsche Schlüsse und Verallgemeinerungen konstruieren. Der Zentrist und Kuomintangmann Tschang Kai-schek stand leider bei uns lange Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit als eine der führenden Persönlichkeiten der chinesischen national-revolutionären Bewegung.“ Dieser Umstand „begünstigte natürlich in nicht geringem Maße den Wirrwarr, der heute nach seinem Verrat in der Bewertung der revolutionären Perspektiven der chinesischen Revolution besteht.“ (S. 3—4. Gesperrt von uns.)

Leider nennt Genosse Wilenski keine Namen. Der Leser bleibt nach wie vor im Ungewissen darüber, wer eigentlich „manchmal die Klassenkräfte der Revolution vergißt“, bei wem eigentlich der Wirrwarr „in der Bewertung der revolutionären Perspektiven der chinesischen Revolution besteht“. Wir armen Sünder aber glauben, daß Genosse Wilenski sich selber in den Wirrwarr verstrickt hat. Der Verfasser, der den andern vorwirft, daß sie die Klassenkräfte der Revolution vergessen, sucht selbst die Wurzeln der Umwälzung in der „sozialen Struktur der Partei der chinesischen Revolution, der Kuomintang, und in den ideologischen Grundlagen ihres Programms“.

Der Verfasser, der es bedauert, daß Tschang Kai-schek lange Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand „als eine der führenden Persönlichkeiten der chinesischen national-revolutionären Bewegung“ (wie hätte es denn auch anders sein können, insofern als in einem gewissen Stadium Tschang Kai-schek in der Tat „eine der führenden Persönlichkeiten“ war, indem er den Kampf gegen die Militaristen anführte), dieser Verfasser empfiehlt uns Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin als Führer der . . . nationalen Freiheitsbewegung^{***}. Diese in allen Hinsichten merkwürdige These finden wir auf S. 58-59 der Broschüre. Wenn aber die Broschüre des Genossen Wilenski nur solche Fehler enthielte, dann wäre es halb so schlimm. Das Schlimme daran ist jedoch, daß sie eine unrichtige Bewertung des wechselseitigen Verhältnisses der Kleinbourgeoisie und des Proletariats in der chinesischen Revolution enthält, sowie daß die Unkenntnis der konkreten Formen der proletarischen Hegemonie in der chinesischen Revolution jedem ersichtlich ist. Genosse Wilenski belehrt z. B. den Leser, daß „in der Tat“ der „Block zweier Kräfte“ unter den Bedingungen der chinesischen Wirklichkeit fast die ganze Zeit

* W. N. Wilenski-Sibirjakow. „Worin wurzelt der Verrat Tschang Kai-scheks?“ (Die chinesische Revolution.) Verlag der Gesellschaft der Politikatorschan (ehemalige politische Katorga-Sträflinge). Moskau. 60 Seiten.

** Der Verfasser macht einen Unterschied zwischen der „national revolutionären“ und der nationalen Freiheitsbewegung“.

einen Block des Proletariats und des Kleinbürgertums dargestellt habe, jedoch mit der Besonderheit, daß in diesem Block das Kleinbürgertum nicht nur die Macht und die Führung beansprucht, sondern auch in Ausnutzung seines Uebergewichts in der Tat die Macht und die Führung ausübt.

„Indessen wäre aus vollkommen begreiflichen Ursachen im Interesse der weiteren Entwicklung und Vertiefung der chinesischen Revolution die gerade entgegengesetzte Situation notwendig, und zwar: die führende Rolle des Proletariats in bezug auf das Kleinbürgertum (die Bauernschaft).“ (S. 47. Gesperrt von uns.)

In diesem Zitat ist zumindest die Fragestellung „es wäre notwendig“ seltsam. Was „wäre“ nicht alles „notwendig“! Der Marxist stellt nicht die Frage so: „es wäre notwendig“. Er analysiert die objektiven Bedingungen, die objektiven Möglichkeiten. Und wir fragen: war die führende Rolle des chinesischen Proletariats in bezug auf die Kleinbourgeoisie vor der Eroberung der wichtigsten Industrieprovinzen durch die Revolution möglich? Konnte das chinesische Proletariat „in der Tat die Macht und die Führung ausüben“, als seine Gewerkschaftsorganisationen sich noch im Embryonalzustand befanden, als die Mitglieder seiner Partei im Jahre 1925 noch nach Hunderten zählten? Eine bejahende Antwort darauf kann nur irgendein Utopist, nicht aber ein Materialist und Leninist geben.

Da Genosse Wilenski die Rolle der Klassen in der chinesischen Revolution falsch bewertet, ist er unfähig, die Taktik des EKKI und der chinesischen KP zu erfassen. So zum Beispiel glaubt er, daß erstens die Kommunistische Partei

„aus taktischen Erwägungen im ersten Stadium der chinesischen Revolution beschlossen habe, eine Einheitsfront mit der Kuomintang zu bilden“. (S. 8. Gesperrt von uns.)

Die taktische Linie des EKKI und der KP Chinas nimmt ihren Ausgang von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einheitsfront in allen Stadien der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Zweitens behauptet er, daß „die von den chinesischen Kommunisten gestellten taktischen Aufgaben (d. h. der Eintritt in die Kuomintang. N. L.) sie zu vielem verpflichtete und ihnen in vielem die Hände fesselte“. (S. 46—47. Gesperrt von uns). Gewiß, wenn man annehmen sollte, daß für die Kommunisten „es notwendig wäre“, schon in den ersten Stadien die führende Rolle zu erobern, „in der Tat die Macht und die Führung auszuüben“, dann würde die taktische Linie der KP „ihnen die Hände fesseln“. Genosse Wilenski würdigt uns keiner eingehenden Darstellung des Weges, auf dem die KP zur Hegemonie gelangt wäre, wie sie hätte handeln müssen, „ohne sich die Hände zu binden“. Aber die möglichen Ergebnisse dieser Taktik sind heute für jeden klar.

Welches sind also die taktischen Lehren, die der Genosse Wilenski aus der Umwälzung Tschang Kai-scheks zieht? Wilenski, der erklärt hat, daß der Block mit der Kuomintang im ersten Stadium der Revolution notwendig war, kommt durchaus konsequent zu der Schlußfolgerung:

„Beispielsweise um die Mitte des vergangenen Jahres (1926) hat die chinesische KP in der Person ihres ZK eine Reihe sehr wichtiger Beschüsse gefaßt, wie etwa 1. eine klare selbständige politische Linie festzulegen, 2. von der Bündnispolitik innerhalb der Kuomintang zur Blockpolitik überzugehen . . . Alles das war das Resultat der Berücksichtigung der anwachsenden Klassengegensätze und ein Versuch, der Partei des chinesischen Proletariats freie Bahn zu geben. Da dies jedoch unvermeidlich zu einer Sprengung des „Blocks zweier Kräfte“ und zum Austritt der Kommunisten aus der Kuomintang hätte führen müssen, so wurde diese Taktik vom 7. Plenum des EKKI verworfen. Um die Richtigkeit der Voraussetzungen der chinesischen Kommunisten festzustellen, war eine historische Ueberprüfung notwendig. Als eine solche Ueberprüfung kann man die letzten Schanghai'er Ereignisse ansehen, als deren trauriger Held der General Tschang Kai-schek auftritt“. (S. 57—58. Gesperrt von uns.)

In diesem Zitat ist alles von A bis Z falsch.

1. Es ist falsch, daß das Plenum der KP Chinas beschlossen habe, von der Bündnispolitik innerhalb der Kuomintang zur Blockpolitik überzugehen.

Genosse Wilenski hat entweder die Resolutionen nicht gelesen, oder er entstellt sie bewußt. Die Resolution des Juli-Plenums des ZK der KP Chinas erklärt deutlich, daß „unsere Partei nach wie vor annimmt, daß die Entwicklung der Kuomintang und unsere Teilnahme an der Leitung in ihr, eine der grundlegenden Voraussetzungen für den Sieg der Revolution in China darstellen“.

Die Resolution hielt den Standpunkt des Austritts aus der Kuomintang für „völlig falsch und die Entwicklungsaussichten des Freiheitskampfes in China entstellend“. Die Resolution erklärte, daß der Austritt aus der Kuomintang nur den rechten Kuomintangmännern zugute käme, daß „er letzten Endes zur Isolierung der Kommunistischen Partei und des Proletariats von der Millionenmasse der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie führen und die Führung dieser Massen auf die Großbourgeoisie übertragen müsse“. Das sind die klaren Beschlüsse des Juli-Plenums. Und wozu brauchte Genosse Wilenski Märchen zu erzählen? Gehört dies etwa zu den Pflichten eines China-„Kenners“?

2. Es ist falsch, daß das EKKI verhindert habe, „der Partei des chinesischen Proletariats freie Bahn zu geben“, daß es die chinesische Kommunistische Partei gehindert habe, sich auf die Abkehr Tschang Kai-scheks vorzubereiten. Bekanntlich stellte gerade das 7. Plenum des EKKI in klarer und deutlicher Form die Frage der unabwendbaren Abkehr der nationalen chinesischen Bourgeoisie von der nationalrevolutionären Front; bekanntlich hat das EKKI ein halbes Jahr vor der Umwälzung Tschang Kai-scheks, d. h. vor der Abspaltung der Bourgeoisie, diese Abspaltung vorausgesagt, auf die damit zusammenhängenden Gefahren hingewiesen und der Partei empfohlen, sich auf neue Umgruppierungen vorzubereiten. Gerade das 7. Plenum hat gewissen Schwankungen innerhalb der KP Chinas ein Ende gemacht und sie auf die größtmögliche Entfesselung der Massenbewegung, auf die Schaffung von organisatorischen Hebeln für die Hegemonie der Kommunistischen Partei eingestellt.

Es ist endlich bekannt, daß gerade das 7. Plenum zum erstenmal in konkreter Form die Frage des Kampfes um den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg Chinas aufgestellt hat. Und nach alledem hat Genosse Wilenski, gelinde gesagt, die Stirn, zu behaupten, daß der „Versuch, der Partei des chinesischen Proletariats freie Bahn zu geben . . .“ „vom 7. Plenum des EKKI verworfen wurde“.

Das angeführte Zitat zeigt gleichzeitig, daß, wenn irgend jemand Verwirrung stiftet, es eben der Genosse Wilenski ist. Nach Meinung des Genossen Wilenski hat der Umsturz Tschang Kai-scheks bewiesen, daß der Kurs auf den Austritt aus der Kuomintang, auf die Sprengung des „Blockes zweier Kräfte“, der richtige gewesen sei. Dabei führt er kein einziges Argument an, wohl in dem Glauben, daß auch heute noch die Methoden der alten griechischen Pythia tauglich seien.

Was würde die Sprengung des „Blockes zweier Kräfte“, der Austritt aus der Kuomintang bedeuten? Es würde eine Aktion der Kommunisten gegen die Wuhaner Regierung, eine Aktion der chinesischen Bauern gegen das Kleinbürgertum bedeuten. Wohin würde dies führen? Es würde zu einem Zusammenschluß Tschang Kai-scheks mit der gesamten Kuomintang oder, mit anderen Worten, zu einem Zusammenschluß der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums führen.

Eine Sprengung des „Blockes zweier Kräfte“ würde den Verzicht auf die Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Bewegung, den Uebergang zur berüchtigten menschewistischen Taktik der „Opposition von unten her“ bedeuten.

Die Sprengung des Blockes mit der Kleinbourgeoisie durch die KP Chinas würde natürlich dem Umsturz Tschang Kai-scheks vorgebeugt haben, denn nach dieser Sprengung . . . hätte es Tschang Kai-schek nicht mehr nötig gehabt, den Umsturz zu machen. Tschang Kai-schek führte den Umsturz aus, weil er sah, daß die Kommunistische Partei einen erfolgreichen Kampf um die Errichtung der proletarischen Hegemonie in der nationalen Bewegung führt, den Block des Proletariats mit der Kleinbourgeoisie befestigt und den Kurs auf die Entfernung Tschangs und seiner Gruppe hält. Sprengt jedoch die Kommunistische Partei den Block, verläßt sie die Kuomintang, in der die Gruppe Tschang Kai-scheks und die ganze kleinbürgerliche Mehrheit verbleiben, wozu brauchte dann Tschang Kai-schek die Umwälzung zu veranstalten? Gegen wen sollte er sich erheben?

Nach dem Zusammenschluß mit der von den Kommunisten verlassenen Kuomintang hätte es Tschang Kai-schek keine Mühe gemacht, den Versuch zu verhindern, „der Partei des chinesischen Proletariats freie Bahn zu geben“, den Versuch der Kommunisten zu verhindern, gegen den Block der Bourgeoisie mit dem Kleinbürgertum aufzutreten.

Was er im April in Schanghai als Empörer gegen die Kuomintang ausgeführt hat, hätte er sowohl in Schanghai als auch in Hankau und in Tschang-scha sowie in allen anderen Arbeiterzentren unter der Flagge der Kuomintang, als Führer der Kuomintang, ausgeführt.

Zum Glück verfolgte die Kommunistische Partei Chinas eine andere Taktik als die vom Genossen Wilenski und anderen „Kennern“ Chinas in Vorschlag gebrachte. Die KP Chinas sprengte nicht den „Block zweier Kräfte“, sie räumte nicht das Feld des Kampfes um die Hegemonie in der nationalen Bewegung. Infolgedessen war Tschang Kai-schek genötigt, gegen die Kuomintang aufzutreten, sich gegen das kleinbürgerliche Wuhan zu erheben, sich von der Kuomintang abzuspalten, in der heute die kleinbürgerlichen Demokraten und die Kommunisten verblieben sind.

Die nach dem Umsturz Tschang Kai-scheks vergangenen zwei Monate haben voll und ganz bewiesen, daß die grundlegende taktische Linie des EKKI (im einzelnen und besonderen des 7. Plenums) und der chinesischen Kommunistischen Partei richtig war. Tschang Kai-schek erwies sich als von den Massen isoliert und als Führer der bürgerlich-militaristischen Clique; der Block des Proletariats und des Kleinbürgertums ist gefestigt; der Einfluß des Proletariats in diesem Block hat sich verstärkt; auf dem Territorium der Wuhaner Regierung entfaltet sich eine Massenbewegung der Arbeiter und Bauern (auf Honan z. B. entfällt fast die Hälfte aller Mitglieder der Bauernbünde Chinas); die durch den Umsturz Tschang Kai-scheks unterbrochene Bewaffnung der Massen wird fortgesetzt, und die Nordexpedition geht heute weiter. Es wäre lächerlich, die vorhandenen sozialen und militärischen Schwierigkeiten zu vertuschen, die sich vor Wuhan erheben, und den Entwicklungsweg der chinesischen Revolution als einen geraden und ununterbrochen aufsteigenden darzustellen. Aber eines ist klar: der Kurs auf den „Block zweier Kräfte“, auf die Betätigung in der Kuomintang ist durch den Umsturz Tschang Kai-scheks nicht widerlegt, wie Genosse Wilenski orakelt, gerade dieser Umsturz hat die Lebensfähigkeit und Notwendigkeit dieses Kurses bewiesen.

Nachdem wir diese Bewertung der Lehren des Umsturzes kennengelernt haben, begreifen wir die „Strategie und Taktik“ des Genossen Wilenski in ihrer Anwendung auf die neue Etappe der chinesischen Revolution. Was also empfiehlt er den chinesischen Kommunisten?

„Die wichtigste Aufgabe für die nächste Zeit der chinesischen Revolution besteht in der Zusammenfassung der wirklich revolutionären Kräfte Chinas zur Beseitigung der Hindernisse, die sich heute der chinesischen national-revolutionären Bewegung in den Weg stellen. Wie ist dies zu verwirklichen? Nach unserer Meinung müßten sich die chinesischen Kommunisten an die Erfahrungen und die Wege der russischen Revolution erinnern, die diese dem Siege zuführten. Nach Ueberwindung der Illusionen der Einheitsfront aller Kräfte und Revolutionen muß die chinesische Kommunistische Partei die Werktätigen Chinas auf die Formen und Methoden des Revolutionskampfes einstellen, die von den Erfahrungen der russischen Revolution erprobt und bestätigt sind. Wie sehr auch die Agenten des Weltkapitals zernern mögen, daß China sich sowjetisiere, wie sehr sich die chinesische Bourgeoisie darüber ärgern möge —, wir glauben, daß die chinesische Revolution früher oder später zu Sowjets führen wird, und daß sie durch die Sowjets ihren Siegeslauf vollenden wird.“ (S. 60. Gesperrt von uns.)

Es kann nicht behauptet werden, daß dieses Zitat, in dem der Verfasser alles niedergelegt hat, was er von der „Strategie und Taktik“ sagen wollte, klare Formulierungen enthält. Nichtsdestoweniger ist die Position des Autors klar: den chinesischen Kommunisten empfiehlt er „die Formen und Methoden, die von der russischen Revolution erprobt und bestätigt sind“. Die folgende Phrase läßt keinen Zweifel daran, daß der Verfasser der KP Chinas die Parole der Sowjets empfiehlt. Bei dem Genossen Wilenski, der der Ansicht ist, daß der Umsturz Tschang Kai-scheks die Irrigkeit des Kurses auf den „Block zweier Kräfte“ bewiesen habe, ist diese Parole keine Zufälligkeit. Wenn die Kommunistische Partei den „Block zweier Kräfte“ schon vor dem Umsturz Tschang Kai-scheks hätte sprengen sollen, dann muß sie es heute um so eher tun. Aber die Parole der Sowjets ist im gegebenen Moment gleichbedeutend mit der Parole der Sprengung des „Blocks zweier Kräfte“. Genosse Wilenski glaubt, durch Ausgabe der Parole der Sowjets „die wirklich revolutionären Kräfte“ Chinas zusammenzufassen. (Was ist das für eine Formel: „wirklich revolutionären Kräfte“? Schließt sie die kleinbürgerlichen Revolutionäre ein oder aus?) In Wirklichkeit würde sie die Wuhaner Front zerbrechen (die in dem

gegebenen Stadium der Revolution die wirklich revolutionäre ist), sie würde die Kuomintang der Kommunistischen Partei entgegensetzen, d. h. sie würde zur Sprengung führen. Es ist anzunehmen, daß die „Strategie und Taktik“ des Genossen Wilenski auf ihn selbst und die Opposition beschränkt bleiben wird.

Wir kommen zum Schluß. Die angeführten Zitate zeigen, daß Genosse Wilenski einen Wirrwarr nicht nur „in der Bewertung der revolutionären Perspektiven der chinesischen Revolution“, sondern auch in der Bewertung des ganzen Weges der chinesischen Revolution offenbart. Mit einem solchen Wirrwarr im Gehirn „wäre es kaum notwendig“, als Verfasser der Broschüre „Worin wurzelt der Verrat Tschang Kai-scheks?“ aufzutreten.

F. G.:

DIE LABOUR PARTY UND CHINA*

Vor uns liegt eine magere Broschüre, deren Verfasser der ehemalige Sekretär der „Social Democratic Federation“ H. W. Lee ist. Was uns dazu bringt, dieser kleinen Schrift Aufmerksamkeit zu widmen, ist die Tatsache, daß sie mit einem Vorworte von George Hicks, dem Vorsitzenden des Generalrats der englischen Gewerkschaften, versehen ist, wodurch diese Broschüre eine gewisse Bedeutung als politische Äußerung eines diesem Gewerkschaftsführer nahestehenden Mitgliedes der Labour Party gewinnt.

Diese Einleitung von Hicks, die Anfang Februar, also in der Zeit, als die Offensive auf Schanghai in vollem Gange war, niedergeschrieben wurde, drückt dem kämpfenden chinesischen Volke die volle Sympathie aus und empfiehlt zu gleicher Zeit Lees Broschüre als ein Hilfsmittel zur Orientierung in den schwierigen Fragen in China.

Sehen wir uns einmal diesen von Hicks empfohlenen Kompaß für die chinesischen Wirren etwas näher an:

Der Großteil der Broschüre ist einem historischen Ueberblick über die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in China gewidmet. Ausgehend von der nicht uninteressanten historischen Reminiszenz, wie Sun Yat-sen im Jahre 1896, als er von der damaligen chinesischen Botschaft ergriffen wurde, um aus dem Weg geräumt zu werden, durch die energische Intervention des damaligen Ministerpräsidenten Lord Salisbury das Leben gerettet wurde. Die Darstellung der Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in China ist vollkommen schematisch, ohne im geringsten auch nur anzudeuten, welche sozialen Kräfte in der Entwicklung der chinesischen Revolution im Spiele waren.

Von Interesse für uns ist, was er über die aktuellen Fragen in China zu sagen hat. Jeden englischen Patrioten — und ein Mitglied der Social Democratic Federation ist natürlich kein schlechterer Patriot als jeder andere Engländer — schmerzt an der chinesischen Revolution vor allem das eine, daß sie sich entwickelt im Gegensatz und teilweise im offenen Kampfe mit England. Jeder gute Sozialdemokrat, der in England über chinesische Fragen schreibt, muß unbedingt den Märchen der englischen bürgerlichen Presse seinen Tribut entrichten.

Ist die chinesische Revolution eine „bolschewistische“ Mache oder nicht? Diese von der bürgerlichen Presse gestellte Frage muß auch Lee beantworten. Er beantwortet sie mit klassischer Klarheit: „Sowjetagenten haben zweifellos die Flammen dieser Stimmung (der anti-britischen Stimmung) geschürt“. Aber sie sind nicht allein schuldig,

„denn die chinesischen Studenten sind nicht in Unkenntnis der Geschichte ihres Landes geblieben, in der es gewisse Seiten gibt über Taten Englands in China in der Vergangenheit, die uns die Schamröte in die Wangen treiben sollten.“

Einerseits die bolschewistischen Agenten, die schüren und andererseits die chinesischen Studenten, die Geschichte studiert haben. Das ist die Basis der „anti-britischen“ Stimmungen, die Lee so sehr bedauert.

* „The Crisis in China, What should british Labour do?“ — by H. W. Lee; With an introduction by George Hicks, London 1927, Verlag des Autors. („Die Krise in China, was hat die britische Arbeiterpartei zu tun?“ Von H. W. Lee, mit einer Einleitung von George Hicks, London 1927.)

Er beschwert sich darüber, daß England gewissermaßen zum Sündenbock für alle Missetaten der Imperialisten gemacht werde.

„Der ‚britische Imperialismus‘ (diese Anführungszeichen allein sprechen Bände) wurde für alles verantwortlich gemacht, was in den internationalen Settlements und Konzessionen in Schanghai und Shameen (Kanton) vorgegangen ist. Obwohl nicht der geringste Grund besteht, einen Moment anzunehmen, daß die Vorfälle (die nach Ausspruch des Autors unglückseligen Schießereien in Schanghai und Kanton im Mai und Juni 1925) irgend etwas anderes als spontan gewesen wären.“

Uns scheint, daß diese Verteidigung des britischen Imperialismus, die verbunden ist mit dem Versuche, die Schuld an diesen Vorgängen Japan in die Schuhe zu schieben, zu den besten Diensten gehört, die man gegenwärtig den englischen Imperialisten erweisen kann.

In der Zeit, wo die Truppensendungen nach China von Tag zu Tag verstärkt wurden, schrieb der Autor selbstverständlich auch über diese Frage. Er stellt fest, „daß bis jetzt (Anfang Februar 1927) die Haltung der britischen Regierung besser war als man erwarten konnte“. Als Beweis dafür zitiert er einen Ausspruch Vanderveldes, der schon von berufswegen zu jeglicher Milde dem englischen Imperialismus gegenüber geneigt ist. Lee kommt aber nicht um die Frage herum, was die Truppensendungen nach China zu bedeuten hätten.

Mit einem kleinen Seitenhieb auf die Kommunisten („einige Zeitungen schlagen energisch die große Trommel und machen viel mehr aus den militärischen und Marine-Rüstungen, als die Tatsachen rechtfertigen“) erklärt er zur Rechtfertigung der Truppensendungen:

„Obwohl die privilegierten Stellungen, die aus britischen Aktionen in China im letzten Jahrhundert herrühren, nicht verteidigt werden können, muß doch eine britische Regierung, selbst eine Labour-Regierung, Beistand leisten und Schritte unternehmen zum Schutz des Lebens derjenigen, die heute dort draußen leben und gewiß keine persönliche Verantwortung für die Akte tragen, die vor einigen Jahrzehnten vor sich gegangen sind.“

Der Freund von George Hicks, der sich für einen Kenner Chinas ausgibt, stimmt voll und ganz in den Verleumderchor Chamberlains und seiner Freunde ein, die erklären, nur das Leben der englischen Bürger in China verteidigen zu müssen. Als ob irgendwo in China außer im Mittelpunkt des Kampffeldes irgendein Europäer Schaden genommen hätte.

Uebergehend zu den unmittelbaren Aufgaben der Labour Party sieht er diese zunächst darin, daß sie der chinesischen nationalen Bewegung ihre Sympathie ausdrücken müßte und begründet dies zunächst damit, daß sie an Stelle der alten chinesischen Idee der Unterordnung aller Interessen unter die Interessen der Familie die Unterordnung unter das chinesische Volk als Ganzes setze. (Bei dieser „wissenschaftlichen“ Motivierung wollen wir uns weiter nicht aufhalten.) Weiterhin weil die National-Regierung bereits zwei Drittel Chinas in ihrem Besitze und aus diesem Grund Anspruch auf Anerkennung habe, und schließlich, weil die nationale Bewegung in China die Beseitigung der ungleichen Verträge fordert.

Die ganze Begründung der Notwendigkeit, mit der chinesischen nationalen Bewegung zu sympathisieren, geht in keinem Punkte aus von den Klasseninteressen des englischen Proletariats, sondern einzig und allein von der Opportunität des Vorhandenseins einer starken chinesischen Regierung für das kapitalistische England, einer Linie, die sich nicht wesentlich unterscheidet von der, die zu jener Zeit der englische Vertreter in China, Lampton, verfolgte.

Um aber, ohne seinen guten Namen zu beflecken, mit der chinesischen Revolution sympathisieren zu dürfen, mußte Mister Lee die Kuomintang von dem Verdacht, „rot“ zu sein, reinwaschen. Obwohl wir darin mit ihm übereinstimmen, können wir nicht umhin, die Perspektive anzuführen, die er guten englischen Bürgern für den Fall des Sieges der Kuomintang gibt: die Perspektive des Bruchs der Freundschaft mit der Sowjetunion.

„... Die Kuomintang ist nicht beherrscht vom Bolschewismus und ist nicht einfach ein Spielzeug Sowjetrußlands. Im Gegenteil, es ist mehr Grund anzunehmen, daß, wenn die Hoffnung der Nationalisten in Erfüllung geht, und China eine nationale Einheit unter einer wirklich organisierten Republik wird, die Chinesen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen werden und die Einmischung irgendeiner außenstehenden Macht nicht zulassen.“ (S. 14.)

Ist das nicht die Sprache Tschang Kai-scheks, des Lieblings der Imperialisten? Drückt nicht damit dieser wackere Labour Party-Mann seine offene Sympathie für den rechten bürgerlichen, nunmehr konterrevolutionär gewordenen Flügel der Kuomintang aus?

Lee schließt seine Broschüre mit der Aufforderung, kühlen Kopf zu behalten in der gegenwärtigen Krise. Mit einer Verbeugung vor einigen idealistischen Schwätzern in der Art Russels, die stets vom schädlichen westlichen Einfluß auf das chinesische Volk reden, gibt er auch der Meinung Ausdruck, daß die westlichen Methoden nicht immer die besten für die Schulung der Chinesen seien. Aufgabe der britischen Labour Party sei es, „auf Einhaltung der friedlichen Politik zu bestehen, von der Sir Austen Chamberlain wiederholt erklärt hat, sie verfolgen zu wollen“.

Mit einer Warnung an die linken Elemente der englischen Arbeiterbewegung sagt er: „Kriegerische Gefühle in diesem Lande dürfen nicht durch dumme (stupide) Deklarationen, daß die englische Regierung sich im Krieg mit Kanton befinde, bestärkt werden.

Vor allem Besonnenheit und keine Hysterie. Hände weg von China zu schreien ist nicht genug, und zu erklären, daß die englische Regierung an allem schuld ist, ist ebenso zwecklos.“

So schulmeistert er diejenigen, die es wagen, die Politik Chamberlains zu kritisieren und macht dem kämpfenden chinesischen Volke folgende Versprechung:

„Wenn die Nationalisten nicht nur durch ihre Erfolge im Kriege, sondern in der Verwaltung ihrer Provinzen zeigen, daß sie das chinesische Volk hinter sich haben, dann kann für China eine Aera von relativ friedlicher Entwicklung beginnen.“

Und was Chamberlain dazu sagt, bleibt Geheimnis des Autors.

Diese Broschüre, die prätendiert, die Öffentlichkeit zu informieren, hat einen einzigen Zweck: zu beruhigen, einzuschläfern.

Sie beruhigt die Bourgeoisie über die chinesische Gefahr, darüber, daß Kanton nicht so rot ist, wie es aussieht und darüber, daß die Unterstützung der englischen Arbeiterschaft zu aktiv sein könnte.

Die Broschüre soll die Arbeiter darüber beruhigen, daß die Regierung keine kriegerischen Absichten in China habe, daß die chinesische Revolution nicht in Gefahr sei, und soll auf diese Weise ein Gegengewicht gegen die „Hände weg von China“-Kampagne sein, die breiten Widerhall in der englischen Arbeiterklasse gefunden hat.

Daß der Name eines der verantwortlichsten Leiter der englischen Gewerkschaftsbewegung den Umschlag dieser Broschüre, die die Arbeit Chamberlains besorgt, zielt, ist höchst bezeichnend für diesen Führer des Generalrats.

AN UNSERE LESER!

Wir verweisen auf das diesem Heft beiliegende neue Verlagsverzeichnis des „Verlag für Literatur und Politik“, ferner auf die in dieser und der nächsten Nummer unserer Zeitschrift fortlaufend erscheinenden Anzeigen „Marxistische Bibliothek“, die über die bisher erschienenen Bände sowie über die Neuerscheinungen der M. B. Aufschluß geben.

DER VERLAG.